Plenarprotokoll 13 / **16**
19. 12. 2001

Landtag von Baden-Württemberg

16. Sitzung **13. Wahlperiode**

Stuttgart, Mittwoch, 19. Dezember 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr Schluss: 13:04 Uhr

I N H A L T

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 795

Umbesetzungen im Innenausschuss und im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport 795

Fortsetzung der Ersten Beratung

a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03)** – Drucksache 13/550

b) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes** – Drucksache 13/518

Allgemeine Aussprache 795

Abg. Oettinger CDU 795
Abg. Drexler SPD 803, 829
Abg. Pfister FDP/DVP 811
Abg. Dr. Salomon GRÜNE 817
Minister Stratthaus 823

Anlage
Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen im Innenausschuss und im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport 831

Protokoll

über die 16. Sitzung vom 19. Dezember 2001

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 16. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet ist heute Herr Abg. Junginger.

Auf Ihren Tischen finden Sie eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

Ihnen liegt ferner ein Vorschlag der SPD-Fraktion für Umbesetzungen im Innenausschuss und im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport vor. *(Anlage)* – Sie stimmen auch diesen Umbesetzungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2001 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Sechsten Staatsvertrages zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucksache 13/577

   Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2001 – Positionen zur Zukunft der Europäischen Union; hier: Beschluss der Landesregierung vom 11. Dezember 2001 – Drucksache 13/580

   Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Ersten Beratung

a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03) – Drucksache 13/550

b) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes – Drucksache 13/518

Allgemeine Aussprache

Für die Allgemeine Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort in der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Haushalt für die beiden nächsten Jahre, in der letzten Woche eingebracht, begegnet unserem Respekt. Wir sagen dem Finanzminister sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseren ausdrücklichen Dank für die gute Vorarbeit, Dank für die gute Zusammenarbeit. Wir haben hohen Respekt vor diesem kompetenten Werk, das die Grundlage für die Beratungen heute und in den nächsten Wochen über die Perspektive und Zukunft Baden-Württembergs bilden wird.

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der FDP/DVP, wollen wir dafür sorgen, dass dieser Haushalt unsere Arbeit und unser Land prägt und die Bürger Baden-Württembergs in die Zukunft führt.

Wir beraten diesen Doppelhaushalt in schwieriger Zeit. Wir haben weltweit Rezession – das ist uns Jüngeren kaum in Erinnerung –: in Japan seit Jahren, in Amerika seit einem Vierteljahr. In Europa haben wir Stagnation bis Rezession. Das heißt, das Umfeld für die Haushaltsaufstellung, das Umfeld der Steuereinnahmen, das Umfeld der wirtschaftlichen Entwicklung, das Umfeld der Arbeitsmarktentwicklung ist schwierig, und Deutschland ist davon nicht unberührt. Im Gegenteil: Wir sind in besonderem Maße davon betroffen.

Ich sage ohne jeden Vorwurf: Dass wir Schlusslicht in Europa sind, war so aber nicht angedacht. Dass wir, was die Höhe der Inflationsrate angeht, Mittelmaß sind, dass wir hinsichtlich der Nettoneuverschuldung der öffentlichen Körperschaften Deutschlands das Sorgenkind Europas sind, war bei der Gründung der Europäischen Union, war in den letzten Jahren der europäischen Handelspartnerschaft und war bei der Gründung der europäischen Währung, die in wenigen Tagen Realität wird und mit Sicherheit Erfolg haben wird, von den Vätern und Müttern so nicht angedacht. Wir haben alle Grund zur Nachdenklichkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP hat auf die zu erwartende Steuerentwicklung, die schon im Mai absehbar war und deren Tendenz sich im November verstärkt hat, reagiert. Im Mittelpunkt unseres Haushaltsplanentwurfs steht ein Einsparkonzept. Wir haben die mittelfristige Finanzplanung nicht einfach in Haushalt gegossen, sondern wir haben bei den Ausgaben ganz konkret Abstriche in Höhe von 1,5 Milliarden DM für die beiden nächsten Jahre gemacht.

(Oettinger)

Nur so wird erreichbar sein, dass Baden-Württemberg in der Schuldenentwicklung seinen zweitbesten Rang halten und eine Nettoneuverschuldung von null weiter ernsthaft anstreben und auch erreichen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer bei den Ausgaben sparen muss, wer ein Einsparkonzept erarbeiten will, kommt um die großen Blöcke nicht herum. Wir sind den Beamtinnen und Beamten dankbar, dass die Nichteinführung der Leistungsprämie zwar nicht auf Beifall, aber weitgehend auf Verständnis und Akzeptanz stößt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Aha!)

– Frau Kollegin Dederer, wir halten diese Maßnahme auch für gerechtfertigt und begründbar. Ich begründe sie hier mit einem einzigen Satz. In der freien Wirtschaft – fragen Sie Ihren Mann, Frau Kollegin Dederer – brechen derzeit die Weihnachtsgelder weg.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD – Abg. Nagel SPD: Was?)

In der freien Wirtschaft werden die Weihnachtsgelder zum Teil eingefroren, auf jeden Fall aber gekürzt. Wir sorgen dafür, dass wir ein stabiler Arbeitgeber sind. Wir bezahlen unsere Gehälter; wir haben Gehaltssteigerungen. Wenn aber die Leistungsprämie nicht eingeführt werden kann, ist dies ein zumutbarer Solidarbeitrag unserer Beamtinnen und Beamten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Döpper CDU: So ist es!)

Wir halten dies sehr wohl für gerechtfertigt in dem Prozess der Gratwanderung, ohne mehr Schulden auszukommen und trotzdem ein fairer Arbeitgeber und Dienstherr zu sein.

Wir haben im staatlichen Hochbau gekürzt, ähnlich wie es auch jeder Privatmann täte: Wenn er weniger Einnahmen hat, dann kürzt er dort, wo er kürzen kann. Im staatlichen Hochbau ist nicht ganz so viel möglich, wie vorgesehen war. Wir haben bei den Bewirtschaftungsmitteln gekürzt, und wir kürzen in vielen kleinen Titelgruppen bei den Ressorts. Alles in allem verdient das Deckungskonzept der CDU-FDP/DVP-Koalition in dieser Größenordnung Respekt und ist die Grundlage für einen soliden Haushaltsentwurf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein Kernpunkt unserer Ausgaben sind und bleiben die Personalausgaben mit einem Anteil von über 40 %. Da dem so ist, kommen wir auch in Zukunft um Stellenstreichungen nicht herum.

Wir sind weitgehend im Plan. Die Regierungskoalition von Erwin Teufel befindet sich jetzt im dritten Stellenstreichungsprogramm. Begonnen in den Zeiten der großen Koalition, war unser Grundkonzept, dass man bei steigender Kinderzahl, bei steigender Schülerzahl und bei steigenden Herausforderungen an die innere Sicherheit neue Stellen für Lehrer und Polizeibeamte nicht netto neu kreieren, sondern durch Umschichtung schaffen muss.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Gut gemacht!)

Das erste Stellenstreichungsprogramm haben wir 1996 mit dem Wegfall von 3 020 Stellen absolviert. Zwei weitere Stellenstreichungsprogramme mit insgesamt 6 320 Stellen stehen weitgehend vor dem Abschluss. Wir werden noch im vorliegenden Doppelhaushalt, im Jahre 2003, diese 6 320 Stellen gestrichen haben. Daraus entsteht die Möglichkeit, dass ohne Personalausgabenerhöhung die Steigerung der Lehrerzahl und die Steigerung in Schwerpunktbereichen auch den nächsten Doppelhaushalt prägen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung und zur Gegenfinanzierung der neuen Steuerungsinstrumente und der dafür notwendigen Investitionen kommt die Frage eines weiteren Stellenstreichungsprogramms auf uns zu. Wir gehen diese Frage offen, aber mit Vorsicht an. Meine Vermutung geht dahin, dass die Methode Rasenmäher – ein prozentualer Streichbetrag: kürze 4, kürze 8, kürze 12 weitere Prozent – unserer Fachverwaltung, unseren Fachbehörden und den Aufgaben in denselben nicht mehr gerecht wird. Ich glaube, dass man punktuell weitere Stellen streichen kann, aber in den nächsten Jahren nicht mit pauschalen Vorgaben an die Fachverwaltung herangehen darf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Frage, ob es dann zu 2 000 oder gar zu 3 500 weiteren Stellenstreichungen kommen wird, halte ich für offen. Wir bieten allen Fraktionen, wir bieten den Gewerkschaften und Fachverbänden, wir bieten den Ressorts in den nächsten Monaten zur Vorbereitung der künftigen Haushalte offene Gespräche über die Höhe weiterer Stellenstreichungen und die Zuordnung zu den Fachverwaltungen ausdrücklich an.

Dieser Haushalt liefert ein kleines Detail zum Thema Personalausgaben, das vielleicht von den meisten noch gar nicht gesehen worden ist. Waren früher den Ressorts nur die aktiven Staatsdiener zugeordnet und hat man Pensionskosten und Beihilfen im allgemeinen Haushaltstitel untergebracht, werden jetzt die Versorgungslasten, die Pensionszahlungen für Beamte und Richter, auch für die Hinterbliebenen, und die Beihilfekosten erstmals den Ressorts zugeordnet.

(Abg. Wieser CDU: Das schafft Transparenz!)

Wir bauen darauf, dass daraus auch in Ressorts und Fachministerien mehr Kostenbewusstsein für die Anforderung von Personalstellen entstehen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Transparenz!)

Wer mit Einsparkonzepten den Haushalt in geordneten Bahnen hält, wer durch Kürzungen starke Schuldensteigerungen vermeiden kann, tut trotzdem gut daran, wenn er gestaltend in die Landespolitik eingreift. Dieser Haushalt ist nicht nur ein Sparhaushalt; er ist ein Schwerpunkthaus-

(Oettinger)

halt, in dem sich die Handschrift unserer Regierung, wichtige Bestandteile unserer Koalitionsvereinbarung und im Grunde genommen der Wählerauftrag für CDU und FDP/DVP deutlich repräsentieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Wählerauftrag für CDU und FDP/DVP ist klar: Die Mehrheit der Bürger will erstens einen Schwerpunkt „Innere Sicherheit“. Die Polizei, auch wenn die Polizeigewerkschaft aus verständlichen Gründen mehr einfordern will, und die innere Sicherheit sind ein Schwerpunkt in diesem Doppelhaushalt. Wenige Stichworte zu nennen sei mir erlaubt.

Erstens: das Antiterrorprogramm, maßgeschneidert als Reaktion auf die schreckliche Entwicklung, die am 11. September sichtbar geworden ist.

Zweitens: das Besoldungsstrukturprogramm. Noch unter Innenminister Birzele haben wir gemeinsam und im Streit damit begonnen. Eine Aufwertung der Stellen bei der Polizei schreitet seitdem voran. Wir haben in diesem Jahr bei der Schutzpolizei 36 % der Beamten im gehobenen Dienst. Wir haben bei der Kriminalpolizei mit 83 % praktisch unser Ziel erreicht. Wir liegen insgesamt bei allen Polizeibeamtinnen und -beamten bei 44,5 %. Wir werden unser Ziel, dass jeder zweite Beamte nach den Besoldungsgruppen im gehobenen Dienst bezahlt wird, im Jahr 2004 erreicht haben. Damit ist die Struktur unserer Polizei entlang dem Berufsbild leistungsgerecht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben Erfolge. Beim „Obermeisterbauch“ lag die durchschnittliche Wartezeit in Besoldungsgruppe A 8 noch im Mai 1999 bei 5,7 Jahren; heute liegt sie bei 4,8 Jahren. Beamte werden schneller aus A 8 befördert; die Wartezeit ist ein Jahr kürzer. Dies ist wirklich ein Erfolg. In schwieriger Zeit wird hier Strukturpolitik für innere Sicherheit gemacht und Motivation der Polizeibeamten betrieben.

Wir steigen mit dem Doppelhaushalt in die volle Durchschlüsselung für den gehobenen Dienst ein. Erste Schritte sind sichtbar, dass auch im gehobenen Dienst der Aufstieg für qualifizierte Beamte in den nächsten Jahren zeitgerecht erfolgen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben die Zahl der Erziehungsurlaubsvertretungen deutlich erhöht. Der Schwerpunkt überhaupt ist und bleibt unser Technikzukunftsprogramm. Von den 680 Millionen DM, die dafür beschlossen worden sind, sind zwei Drittel mittlerweile realisiert. Von unseren 4 400 Fahrzeugen im Land sind 4 200 neu, und, meine Damen und Herren, es gibt in Deutschland keine andere Polizei, die über eine derart moderne Technik wie die baden-württembergische Polizei verfügt. Die Fahrzeuge weisen dies sichtbar aus. In den Polizeirevieren und -posten wird die Kommunikationstechnik erneuert. Unsere Polizei arbeitet mit einer Technik, die konkurrenzfähig und leistungsfähig ist und jeden Wettbewerb mit anderen Polizeien aushalten kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auch hier darf das Strukturmerkmal genannt werden. Wenn man neue Fahrzeuge hat, braucht man keine eigenen Werkstätten. Dann reicht die Wartung durch die Pkw-Vertragshändler aus. Sieben Bereichswerkstätten wurden schon geschlossen, fünf werden geschlossen. Die beiden Werkstätten bei den Landespolizeidirektionen Tübingen und Stuttgart I befinden sich in der Schließung, und die bei den Bereitschaftspolizeien werden bis Ende 2003 geschlossen. Wir kürzen bei den Wartungskosten, damit die Leasingverträge dadurch weitgehend kostenneutral finanzierbar sind.

Schwerpunkt Nummer 2: Bildung und Schule. Meine Damen und Herren, kein anderes Land hat in seinem nächsten Haushalt derart viele zusätzliche Lehrerstellen wie Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In keinem anderen Land gibt es im Stellenplan in diesem Maß den Schwerpunkt „Mehr Lehrer für eine gute Unterrichtsversorgung“ wie in Baden-Württemberg, nicht einmal in Hessen und Bayern. Baden-Württemberg ist bei der Sicherung einer ordentlichen Unterrichtsversorgung für unsere Kinder auf einem guten und stabilen Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir fügen unserem Bildungsstellenplan in den beiden nächsten Schuljahren 3 020 Stellen zu. Damit auch hier klar ist, dass das Ganze keine beliebige Wachstumskurve nach oben, keine Ausgabenkurve ohne Ende sein darf, ist jede Stelle mit einem k.w.-Vermerk ausgebracht. Ich sage der Kultusministerin und ihrem Ministerium ausdrücklich unser Interesse an der Nacharbeit zu. Warum? Man wird nicht jede Stelle ohne weiteres und automatisch streichen können, sondern ein Teil der Entwicklung bis 2006 muss als Chance dafür gesehen werden, dass es kleinere Klassen gibt, dass der Aufbau von Arbeitsgemeinschaften gelingen kann. Aber das heißt: Indem die Beweislast umgekehrt wird, indem die Stellen im Prinzip ab 2007 in der Streichung sind und wegfallen, entsteht ein fairer demokratischer Prozess zwischen den Zielen der Finanzpolitik und den Zielen der Bildungspolitik, und zwar in der Frage, wie bei zurückgehender Schülerzahl zum Teil die Schule und zum größeren Teil der Haushalt von diesen Strukturveränderungen profitiert. Baden-Württemberg ist mit diesem Stellenplan für die Schule gut für die Zukunft aufgestellt.

Ich füge ergänzend hinzu: Auch die Privatschulen haben mit dem Land Baden-Württemberg eine faire Partnerschaft.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das sehen die aber anders!)

Es wird an uns liegen, Kollege Pfister, dass auch in den nächsten Jahren im Rahmen enger Spielräume die Partnerschaft und die Relation zwischen dem öffentlichen Schulwesen und dem Privatschulwesen in Baden-Württemberg fair bleiben. Ich baue darauf, dass die Zahl der Schulkinder an privaten Schulen nicht sinkt, sondern sich erhöht und das Privatschulwesen ein Faktor von steigender Bedeutung im Bildungsland Baden-Württemberg wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das hören wir wohl!)

(Oettinger)

Zur Schule und zu den Kindern kommt der dritte Schwerpunkt Betreuung hinzu. Damit klar ist: Baden-Württemberg hat für die Betreuung der Dreijährigen und der Sechsjährigen, für die Betreuung im Kindergarten und in der Schule auch in den letzten Jahrzehnten ein gutes Gerüst aufgebaut. Aber die Nachbesserung, die jetzt kommt, ist richtig und zeitgemäß. Wir führen Förderangebote für die unter Dreijährigen ein. Wir bauen die Förderung für die kommunalen und freien Kindergärten für die Drei- bis Sechsjährigen aus, und wir verstärken die Schule, die Ganztagsschule und die Ganztagsbetreuung für die über Sechsjährigen. Baden-Württemberg geht in der Betreuung ohne Ideologie, nach Bedarf und Nachfrage einen richtigen und konsequenten Weg, und die Haushaltsmittel dafür sind im Doppelhaushalt eingestellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schwerpunkt Nummer 4: Hochschule und Wissenschaft. Wir stehen mit diesem Doppelhaushalt vor der zentralen Weichenstellung, ob der Solidarpakt sich bewährt hat und fortzuführen ist.

Ich erinnere daran: Der Solidarpakt läuft Ende dieses Jahres aus. Fünf Jahre liegen hinter uns. Herr Wissenschaftsminister, ich glaube, dass der Solidarpakt mit den Hochschulen Baden-Württembergs vor fünf Jahren fair angelegt war, einen Sparbeitrag, einen Strukturbestandteil enthält und daneben durch ihn Planungssicherheit für unsere Universitäten gegeben war.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jawohl! Das stimmt!)

Deswegen setzen wir ihn fort. Wir setzen den Solidarpakt unverändert für fünf Jahre fort und glauben, dass dadurch wachsende Spielräume für Hochschulen entstehen, aber auch ein wachsender Einsparbetrag für das Land Baden-Württemberg, zumal die Zahl der Studierenden zunimmt. Deshalb wird dieser Vertrag ein kluger Vertrag auch für die Finanzpolitik des Landes Baden-Württemberg in den nächsten fünf Jahren sein.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ich glaube, wir müssen einen Kaffee trinken gehen!)

Wissenschaft bleibt auch im Haushalt ein Schwerpunkt. Die Zukunftsoffensive kommt ergänzend hinzu. Ich setze darauf, dass unsere Hochschullandschaft mit den Universitäten, den Fachhochschulen, den Pädagogischen Hochschulen, den Berufsakademien und auch den privaten Hochschulen in Zukunft dieses Land als ein Spitzenland ausweisen wird. Der Haushalt legt die Grundlage dafür.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Bisher haben wir zwei Finanzierungssäulen unserer Hochschulen, nämlich Landeshaushalt und Drittmittel. Ich glaube, dass nach der Kündigung des ZVS-Staatsvertrags in drei bis vier Jahren in diesem Haus eine offene Debatte über das Thema Studiengebühren kommen wird.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das haben wir schon seit fünf Jahren gefordert!)

Ich rate uns allen: Graben wir uns dabei nicht ein.

Wir sind dankbar und froh, dass auf Bundesebene die Langzeitstudierendengebühr nicht verboten worden ist und das Bundesverwaltungsgericht unsere Langzeitstudierendengebühr ausdrücklich als rechtmäßig erkannt hat. Wir behalten sie ganz bewusst als ein Lenkungsinstrument bei. Wenn der Vertrag über die ZVS in vier, fünf Jahren durch Kündigung ausgelaufen sein wird, wenn die Hochschulen mehr Möglichkeiten haben werden, zu entscheiden, wer zu ihnen kommt, dann wird auch im Vergleich zu anderen Ländern im Wettbewerb von Spitzenhochschulen in diesem Haus über eine sozial gerechte, gestaffelte, nachlaufende Studiengebühr als dritte Finanzierungssäule unserer Hochschulen zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu reden und auch zu entscheiden sein. Ich glaube, dass wir Ende des Jahrzehnts durch sozial gerechte, gestaffelte und leistungsbezogene Studiengebühren im Haushalt eine nennenswerte Titelgruppe stehen haben werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Schwerpunkt Nummer 5 ist unsere Infrastruktur. Wir haben im Haushalt Schwerpunkte für die Infrastruktur, die es zu nennen gilt. Stuttgart 21 ist in Vorbereitung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Millionengrab!)

Der Landesstraßenbau ist auf einem Niveau wie schon seit zehn Jahren nicht mehr.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

300 Millionen DM investieren wir in neue Straßen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der ordentliche Haushalt, das Sonderprogramm und die L-Bank-Finanzierung machen es möglich: Der Straßenbau sorgt dafür, dass die Wirtschaft und die Bürger eine Infrastruktur bekommen, die nicht mehr dauerhaft hinterherhinkt, sondern mit der Nachholbedarf auch befriedigt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, zur Messeförderung: Die Landesmesse in Stuttgart ist in Vorbereitung, und mit der Förderung der regionalen Messen entlang den Oberzentren und den Mittelzentren im Land zeigen wir, dass das Land Baden-Württemberg für die Wirtschaft ein fairer Partner ist. Nur wer ein Schaufenster Messe hat, kann klappern, und klappern gehört zur Wirtschaft. Deswegen ist unser Konzept der Förderung von Messen mit Sicherheit eine Investition, die zukunftsfähig ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir steigen in die Umsetzung der Empfehlungen der Mittelstandsenquete ein. Dafür stehen zweimal 10 Millionen Euro im Haushalt. Wir fördern den Mittelstand und das Handwerk in Baden-Württemberg stabil. Die ÜBAs bekommen weiter Investitionsförderung, und bei den Lehrgängen können wir Kürzungen weitgehend vermeiden. Wir zeigen, dass dieses Land den Angehörigen der freien Beru-

(Oettinger)

fe, des Handwerks und des Mittelstands ein wichtiger Partner sein und der Haushalt dafür die Finanzgrundlage bilden wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: „Wir fördern die ÜBAs“! Was ist ein ÜBA?)

Wenn man am Ende eines Jahres mit den Stichworten BSE und MKS

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Und ÜBA!)

schreckliche Vertrauensprobleme des Verbrauchers gegenüber Rindfleisch und Schweinefleisch bilanziert, dann wird man festhalten müssen, dass die Landwirtschaft Baden-Württembergs nicht entsprechend weggebrochen ist. Die Einkommensgrundlagen haben ein leichtes Plus. Wer die Rinderhalter als die eigentliche Problemgruppe vor die Klammer zieht, stellt fest, dass die Landwirtschaft Baden-Württembergs – und zwar durch die Strukturprogramme für den ländlichen Raum, durch MEKA und SchALVO und durch weitere Einkommenssäulen in unserem Haushalt –

(Abg. Bebber SPD: Dank Stächele! – Abg. Drexler SPD: Stächele macht alles, was möglich ist!)

Einkommenszuwächse hat, was für den Erhalt dieses Berufszweiges und für den Erhalt des ländlichen Raumes eine wichtige Aufgabe ist. Dieser Aufgabe kommen wir nach. Ich freue mich sehr, dass die Familienarbeitskraft im ländlichen Raum Einkommenszuwächse hat. Sie hat Nachholbedarf. Dieser wird damit teilweise getilgt. Wir bauen darauf, dass sich dieser Kurs fortsetzen lässt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der Kommunale Investitionsfonds bedarf im Doppelhaushalt und in den nächsten Jahren einer ständigen und sachgerechten Feinsteuerung. Wir haben jetzt die Altenbetreuungseinrichtungen und die Förderung der Pflegebetten aufgebaut. In den beiden Haushaltsjahren haben wir eine Steigerung um 40 %. Wir geben 58 Millionen Euro und 60 Millionen Euro, damit der Sozialminister gemeinsam mit den Kommunen und den freien Trägern in den beiden nächsten Jahren erste Schritte hin zum Ziel „10 000 Pflegebetten mehr“ unternehmen kann.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Ich baue darauf, dass wir im Kommunalen Investitionsfonds, nachdem in Vergangenheit und Gegenwart der Schwerpunkt Schule prägend war, in den nächsten Jahren neue Schwerpunkte bekommen werden und dass wir zeitgerecht und in enger Abstimmung mit den Kommunen dort die Schwerpunkte setzen, wo der Bedarf gestiegen ist: Pflegebetten stehen in den nächsten Jahren im Mittelpunkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen, wir kündigen eine Nachschiebeliste an. Die Regierungskoalition wird dem Landtag im Januar wenige Änderungsanträge vorlegen, die dafür sorgen, dass der Haushalt zeitgerecht bleibt. Wir setzen die Steuerschätzung vom November in vollem Umfang um. Wir passen die kommunale Finanzmasse und das FAG gemäß den Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Kommunen an. Wir fügen unser Betreuungskonzept in vollem Umfang ein. Auch der neue Tarifvertrag für die Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst wird von uns nicht verzögert. Er findet Eingang in den Haushalt. Im Januar wird der Haushalt so angepasst, dass jede Mehrausgabe, die haushaltsrechtlich bedeutsam ist, von uns eingeführt und eine Deckung dafür vorgeschlagen wird.

Klar muss sein: Die Steuerschätzungen mit um 360 Millionen DM und um 400 Millionen DM geringeren Steuereinnahmen in den beiden Jahren waren für uns eine große Herausforderung. Dabei haben wir es uns nicht leicht gemacht. Andere Länder stecken geringere Steuereinnahmen schlichtweg in mehr Schulden und decken sie so. Wir haben ein Mischkonzept: Wir wollen, dass ein Teil der wegbrechenden Steuereinnahmen durch weniger Ausgaben gedeckt werden kann. Aber ein Teil der Steuereinnahmen, die wegbrechen, wird nicht ganz ausgleichbar sein. Wir kommen um eine gewisse Erhöhung der Nettoneuverschuldung nicht herum.

Ein einziger Vergleich – Sie brauchen darauf gar nicht einzugehen –: Nordrhein-Westfalen geht einen fahrlässigen, einen leichten, einen billigen und für die nächste Generation teuren Weg. Nordrhein-Westfalen erhöht seine Schulden in diesem Haushaltsjahr 2001. Baden-Württemberg macht in diesem Jahr 1,8 Milliarden DM neue Schulden. Nordrhein-Westfalen, nicht einmal doppelt so groß wie Baden-Württemberg, macht nicht 1,8 Milliarden DM mal zwei, sondern Nordrhein-Westfalen macht 9,5 Milliarden DM neue Schulden allein in diesem Jahr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU, u. a.: Größenwahn! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist ja unglaublich! – Abg. Drexler SPD: Wieso klatschen Sie da Beifall? – Gegenruf des Abg. Wieser CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Drexler, wir wollen Protest von Ihnen hören! Wo ist Ihr Protest? Ihr könnt nicht mit Geld umgehen! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass dieses Land und diese Regierung damit ihrer Verantwortung für die Stabilität der Währung und für die Handlungsfähigkeit künftiger Haushalte nicht gerecht werden. Natürlich geht es um Baden-Württemberg, Kollege Drexler; aber ob wir gut oder schlecht sind, entscheidet der Vergleich. Wir behaupten, dass wir im Vergleich zu anderen Ländern weiterhin gut dastehen und dass Baden-Württemberg wegbrechende Steuereinnahmen nicht beliebig in höhere Schulden steckt. Unser Weg, die Gratwanderung zwischen Schulden, Investitionen und Einsparungen, ist der richtige Weg, und er ist von uns erfolgreich beschritten worden.

(Beifall bei der CDU)

Aber ein Teil unseres Deckungskonzepts heißt: Die globale Minderausgabe wird erhöht. Wir haben im Jahr 2003 eine globale Minderausgabe in Höhe von 138 Millionen Euro;

(Oettinger)

zu ihr wird noch ressortspezifisch ein Betrag von 130 Millionen Euro hinzukommen. Das ergibt im Jahr 2003 eine globale Minderausgabe von 270 Millionen Euro.

Damit dieser Betrag nicht allein von den Haushaltsreferenten der Ministerien zu konkretisieren ist, richten wir im Frühjahr die seit längerer Zeit geplante Haushaltsstrukturkommission ein. Ihr Auftrag ist klar: Zum einen soll sie die globale Minderausgabe auflösen, indem sie konkret sagt, wo gespart werden kann – die Politik und nicht die Verwaltung entscheidet, wo die globale Minderausgabe greift –, und zum anderen bereitet sie die nächsten drei Haushalte in der Verantwortung der CDU-FDP/DVP-Regierungskoalition und eine weitere Absenkung der Schulden hin zu null vor.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da dürfen wir gespannt sein!)

Wir kündigen unsere Vorschläge für den Sommer nächsten Jahres an und laden Sie ausdrücklich zu einem Ideenwettbewerb um gute Vorschläge, wie man einsparen kann, heute und in den nächsten Monaten parallel zu uns ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer einen Doppelhaushalt in unsicherer Zeit aufstellt, tut sich mit der Prognose zu den mittelfristigen Steuereinnahmen schwer. Wir erwarten, dass die Mai-Steuerschätzung im nächsten Jahr noch nichts Gutes verheißt, weil wir davon ausgehen, dass die wirtschaftliche Rezession im Jahr 2002 anhalten und die Steuervorauszahlung der Wirtschaft nach unten gehen wird. Weil wir glauben, dass alle Steuerarten im nächsten Jahr stagnieren werden, richten wir uns auf eine nochmals schlechter werdende Steuerschätzung im Frühjahr des nächsten Jahres ein.

Aber 2003/2004 wird es zu einer Belebung kommen. Deswegen stelle ich hier eine Frage in den Raum. Wenn das Haushaltsjahr 2003 auf einer maßvollen oder eher restriktiven Steuerschätzung aufgebaut worden ist und eine Reihe von Sparvorschlägen beschlossen worden sind, kommt die Frage auf: Was passiert, wenn es im Jahr 2003 nach unserer Erwartung zu einem Steuerwachstum kommt?

Hierfür schlagen wir Folgendes vor: So, wie wir bei wegbrechenden Steuereinnahmen um etwas mehr Schulden nicht herumkommen, müssen wir für die Jahre ab 2003 schon jetzt festlegen, dass steigende Steuereinnahmen nicht zu mehr Ausgaben führen, sondern jede zusätzliche Mark Steuereinnahmen in den Jahren 2003 und 2004 in der mittelfristigen Finanzplanung zu einer Absenkung der Eckwerte bei neuen Schulden führen muss.

(Beifall bei der CDU)

Steuermehreinnahmen gehören dem Finanzminister und dürfen nicht der beliebigen Verteilung hier im Saal unterliegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit komme ich zu einem Punkt, über den im Januar zu beraten ist. Wir stehen vor der Fortschreibung der Mifrifi. Die mittelfristige Finanzplanung erlegt uns Prognosen auf, wie es in den Jahren 2004 und 2005 weitergehen soll. Die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg und unsere Regierungskoalition halten dabei ohne jede Einschränkung unbedingt an dem Ziel der Nettoneunullverschuldung im Jahr 2006 fest. Wenn sie überhaupt bei irgendeiner öffentlichen Hand Deutschlands möglich wird, werden wir dafür sorgen, dass sie auch in Baden-Württemberg erreicht werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn im Haushalt des Jahres 2003 die Nettoneuverschuldung bei 885 Millionen Euro liegen wird, wird in den Jahren 2004 und 2005 die spannende Frage sein, mit welchen Stufen wir das Ziel im Jahr 2006 erreichen. Wir werden das Konzept der mittelfristigen Finanzplanung im Januar vorzulegen haben. Es wird Stufen enthalten, und ich wiederhole mich: Die Nettoneunullverschuldung im Jahr 2006 ist für uns kein Plakat, sondern ein ernsthaftes und ehrgeiziges Programm, das wir mit den besten anderen Ländern erreichen wollen. Wir setzen dafür in der Strukturkommission in den nächsten Monaten eine große Zahl von Ideen, von Gedanken und von zumutbaren Sparvorschlägen mit Sicherheit in die Tat um.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Manche fragen: Warum? Ganz einfach: weil zum Beispiel die Bewertung „Triple A“ nur mit einem strengen Sparkurs erreichbar ist. Die „Stuttgarter Zeitung“ hat gestern ausgeführt: „Baden-Württemberg bekommt wieder einmal gute Noten.“ Das klingt nicht schlecht. Die Ratingagentur Standard & Poor’s untersucht die Zahlungsfähigkeit der Länder. Ich zitiere wörtlich:

> Bestnote „AAA“ für die langfristige Kreditwürdigkeit des Landes Baden-Württemberg und Bestnote „A-1+“ auch für die Sicherheit der kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Wörtlich heißt es weiter – das ist nicht aus dem CDU-Wahlprogramm, keine Aussage unseres Generalsekretärs, keine Aussage von mir, sondern stammt von der Ratingagentur Standard & Poor’s; etwas Objektiveres gibt es nicht,

(Abg. Drexler SPD: Das wäre auch schlimm!)

etwas Objektiveres ist nicht einmal Ihr Redebeitrag nachher –:

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

> „Baden-Württemberg ist eine der reichsten Regionen in Deutschland und weltweit“ . . . Und weiter: „Die starke wirtschaftliche Basis sollte das Land befähigen, auch weiterhin Wachstumsraten zu erzielen, die über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegen.“

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ja, hoffentlich!)

Deswegen vertrauen die Agenturen und die Banken unserer Politik und unserer Regierungsarbeit. Sie vertrauen darauf, dass unsere mittelfristige Haushalts- und Finanzplanung stabil aufgebaut ist. Da dies nur mit weniger Schulden

(Oettinger)

möglich ist, da das Ziel der Nullverschuldung ein Bestandteil unserer Politik ist, glaube ich, dass die Nullverschuldung der richtige Weg ist,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Warum hat eigentlich der Finanzminister keinen Ton dazu gesagt?)

damit Deutschland und Baden-Württemberg weiter kreditwürdig bleiben und günstige Zinsen auf dem Schulden- und Kreditmarkt erzielen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn man das Ziel der Nullverschuldung anpeilt, ist ein Blick auf die Benchmark notwendig. Ich glaube, dass dabei neben Baden-Württemberg drei Länder erfolgreich sind: Bayern, Sachsen und Hessen.

Die mittelfristige Finanzplanung von Bayern weist in den entscheidenden Jahren 2004 und 2005 noch 230 Millionen bzw. 110 Millionen Euro an neuen Schulden aus.

Die Mifrifi von Hessen weist in den beiden genannten Jahren noch 560 Millionen bzw. 460 Millionen Euro an neuen Schulden aus.

Sachsen befindet sich mit 76 Millionen bzw. 51 Millionen Euro in den beiden Jahren ebenfalls auf einem guten Kurs.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Deshalb muss und wird unser Ehrgeiz dahin gehen, dass Baden-Württemberg im Schulterschluss mit den besten anderen Ländern, mit den besten öffentlichen Körperschaften den Weg hin zu weniger Schulden geht, einen Weg, der eine Perspektive für künftige Haushaltsjahre und einen Beitrag für eine stabile europäische Währung darstellt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nur nebenbei: Schauen Sie sich einmal die Regierungen in Bayern, Hessen, Sachsen und Baden-Württemberg an.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sachsen kriegt Rabatt!)

Nicht von ungefähr befindet sich die Haushaltspolitik dort, wo die Union regiert, in besserer Hand als bei jeder anderen Regierung, zumal wenn sie rot-rot oder rot-grün gefärbt ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das sagt er nach 16 Jahren Kohl! – Zurufe von der SPD – Unruhe)

Der einzige Themenbereich, Kollege Pfister, der bei uns in der Haushalts- und Finanzpolitik einem fruchtbaren Streit unterliegt, ist die Frage, ob man Haushaltslöcher durch den Verkauf von Beteiligungen stopfen darf.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Ich sage für die CDU-Fraktion eindeutig: Wir sind im Rahmen unserer Haushaltspolitik nicht dazu bereit, Tafelsilber zu verkaufen, um Haushaltslöcher zu stopfen. Wir glauben, dass Beteiligungspolitik nicht mit Haushaltspolitik verbunden werden darf, sondern anders entwickelt werden muss.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir erwarten den Vorschlag der Investmentbank, wohin die GVS verkauft werden soll, und sind zu einer Veräußerung unseres Anteils im nächsten Frühjahr ausdrücklich bereit und entlang der Marktveränderung daran interessiert.

Wir sind zum Verkauf von Industriebeteiligungen bereit. Aber nehmen Sie einmal unsere wichtigste Industriebeteiligung. Baden-Württemberg ist an den Schwäbischen Hüttenwerken in Aalen-Wasseralfingen zu 50 % beteiligt. Der andere Gesellschafter heißt MAN, und da die MAN außerordentliche Erträge dringend braucht, hat sie die Deutsche Bank beauftragt. Seit einem halben Jahr sucht die Investmentbank Deutsche Bank einen Käufer, findet aber keinen, Kollege Pfister.

An diesem Beispiel mag man sehen: Selbst dann, wenn man verkaufswillig ist,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Muss man auch fähig sein!)

wenn man Strukturvorgaben – Erhalt von Arbeitsplätzen, Erhalt von Wertschöpfung, Produktionsstandort – macht, kann es sein, dass man Eigentümer bleiben muss, auch wenn das Programm Ihrer Partei den Verkauf gern zum Stopfen von Haushaltslöchern vorsehen will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

– Kollege Theurer, guten Morgen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: „Theurer“ Kollege! – Vereinzelt Heiterkeit)

Im Bereich der Beteiligungen halte ich den Bankenbereich für den sensibelsten und spannendsten überhaupt. Der Vorsitzende des deutschen Bankenverbands, Breuer, hat vor wenigen Tagen gesagt, dass sich die Bankenlandschaft in Deutschland in einer schweren Krise befindet. Ich glaube, er hat Recht.

Deswegen wird unser Hauptaugenmerk darauf liegen, dass Baden-Württemberg im Bankenbereich ein zentraler Standort bleibt, dass die Banken Baden-Württembergs, namentlich die Landesbank Baden-Württemberg, die Sparkassen Baden-Württembergs, die BW-Bank und der Volksbankenbereich, eine starke Partnerschaft zum Mittelstand halten können und dass der Strukturwandel nicht einen Verlierer in Baden-Württemberg hat. Ich baue darauf, dass mit der Beteiligung des Landes an der Landesbank, an der Baden-Württembergischen Bank – und nicht, indem man sie veräußert – dieser Strukturprozess hin zu einem starken, stabilen Bankenstandort Baden-Württemberg in naher Zukunft gelingen kann.

(Beifall bei der CDU)

Vor wenigen Tagen wurde auf dem Gebiet des Steuerrechts in Berlin ein kleiner Erfolg erreicht. Baden-Württemberg,

(Oettinger)

andere unionsgeführte Länder und auch die Grünen in der Bundesregierung wollten eine Umschichtung bei der Steuerentlastung – weg von den Konzernen, hin zum Mittelstand. In kleinem Maße ist dies gelungen.

Ich freue mich, dass die Reinvestitionsrücklage nach § 6 Abs. 10 des Einkommensteuergesetzes es den mittelständischen Betrieben, dem Handwerk, dem Handel, dem Mittelstand jetzt ermöglicht, Erlöse aus Beteiligungsverkäufen oder Grundstücksverkäufen in die Firma hereinzuholen und steuerfrei neu zu investieren. Ich sage Ihnen, dies ist ein erster Schritt; der Weg ist richtig.

Wer dies jetzt zugesteht, muss in einem zweiten Schritt zugestehen, dass Ihre Unternehmensteuerreform weiterhin die AG, den Konzernbetrieb bevorzugt und den Mittelstand benachteiligt.

(Abg. Drexler SPD: Falsch! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Stimmt nicht!)

Deswegen bieten wir ausdrücklich unsere Bereitschaft zur Unterstützung dieser Korrektur an. Machen Sie aus dem ersten Schritt eine Linie. Sorgen Sie dafür, dass im Steuerrecht endlich Gerechtigkeit zwischen den OHGs, den KGs und den AGs bestehen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Die SPD ist die Partei des Großkapitals! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Wo habt ihr denn eure Spenden her?)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, wenn man den zentralen Schwerpunkt der Haushaltsstruktur bei den Personalausgaben hat, weil 40 % des Haushalts Personalausgaben sind, dann muss die Frage, wie sich die Gehaltsstruktur weiterentwickeln kann, auch bei Haushaltsberatungen aufgeworfen werden. Mir sagen zunehmend Behördenleiter, namentlich im technischen Bereich, aber auch in der Schule, wenn es um Berufsschulen, wenn es um technische Lehrer, wenn es um Berufsbilder im Wettbewerb zur freien Wirtschaft geht, dass wir mit unserem Gehaltsgefüge immer weniger konkurrenzfähig sind.

(Abg. Wieser CDU: Sehr richtig! Seit 15 Jahren keine Gehaltserhöhung mehr!)

Jetzt mag man sich damit trösten, dass es uns die Rezession der Wirtschaft erleichtert, jungen Menschen zu sagen: „Kommt zum Staat.“ Aber was machen wir, wenn die Konjunktur wieder anspringt? Baden-Württemberg wird ein Land nahe an der Vollbeschäftigung bleiben. Deshalb werfe ich die Frage auf, mit welchem Dienstrecht der Staatsdienst im Wettbewerb um die besten Köpfe eines Jahrgangs in Zukunft konkurrenzfähig bleibt.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht mit Beamten! – Abg. Wieser CDU: Da muss der Jugend mehr bezahlt werden!)

Ich behaupte, der junge Akademiker, der junge Meister, der, der seine Ausbildung beendet hat, trifft seine Berufswahl – –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Meisterin!)

– Natürlich, Frau Kollegin, Meisterin, nur wegen der Redezeit.

Die Bewerberinnen und Bewerber entscheiden über ihren Arbeitsort, über ihren Arbeitgeber nicht mehr nach der Frage: „Wie viel Pension bekomme ich 40 Jahre später?“ Sie entscheiden nicht mehr allein nach der Arbeitsplatzsicherheit. Sie entscheiden die Frage „Wo gehe ich hin?“ entlang den Fragen: Macht der Job Freude? Schafft er Befriedigung? Werde ich gefordert und gefördert? Wie ist das Gehalt? Und dann stelle ich fest, dass der öffentliche Dienst mit seinem Gehaltsgefüge, namentlich im Beamtenbereich – A 7, mittlerer Dienst, A 9, gehobener Dienst, aber auch wenn es um den Chemiker in A 11 oder A 13 angesichts der Angebote von Bayer und BASF geht –, in den Eingangsstufen nicht mehr konkurrenzfähig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen müssen wir uns die Frage stellen, wie man im Wettbewerb um die Besten eines Jahrgangs als Dienstherr, als Arbeitgeber konkurrenzfähig bleibt.

(Abg. Drexler SPD: Raus aus dem Beamtenrecht!)

Wir brauchen beim Staat nicht immer mehr Stellen und Mittelmaß, sondern wir brauchen weniger Stellen und Exzellenz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Ganze übersteigt eine Haushaltsberatung, aber ich glaube, dass man Pension entlang der Entwicklung der Rente, entlang der Alterssicherung, die immer mehr in die Eigenverantwortung des Bürgers gerät, vorverlagern muss.

Ich halte das Lebenseinkommen eines Beamten für gerecht. Ein Beamter bekommt auf dem Weg seiner Stationen – Einstieg, Durchstieg, Pension, Witwenpension – ein faires Gesamteinkommen.

(Abg. Wieser CDU: Wenn er alt wird! – Abg. Drexler SPD: Wenn er alt wird!)

Er bekommt es aber nachlaufend und zu spät. Deswegen plädiere ich für Vorverlagerung. Nicht Pension kürzen, sondern vorverlagern ist der richtige Weg,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

um zu erreichen, dass der Dienstherr Baden-Württemberg, dass die öffentliche Hand im Wettbewerb um die besten Köpfe konkurrenzfähig bleiben oder wieder wettbewerbsfähig werden kann.

(Abg. Drexler SPD: Dann müsste der Angestellte bleiben!)

Alles in allem ist der Haushalt ein Einstieg. Mit dem Doppelhaushalt setzen wir wesentliche Teile der Koalitionsvereinbarung um. Mit dem Haushalt halten CDU und FDP/DVP Wort. Mit dem Haushalt werden wir dem Wählervotum der Landtagswahl gerecht. Gleichzeitig ist dieser Doppelhaushalt nur ein erster und zweiter Schritt auf dem Weg zur Nettonullneuverschuldung. Dieser Weg, der noch steinig sein wird, wird uns in den nächsten Monaten beschäftigen. Die CDU-Fraktion bietet der Regierung Erwin Teufel, dem Finanzminister, auch dem Koalitionspartner und im

(Oettinger)

fairen Wettstreit der Opposition die Bereitschaft zum offenen Dialog an. Ich baue darauf, dass die Haushaltspolitik weiter ein starker Faktor, eine Perspektive für Baden-Württemberg bleiben wird.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das waren aber keine 6:33 Minuten!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Finanzminister hat sich bei der Einbringung des Haushalts in 10 von 20 DIN-A-4-Seiten auf die Bundespolitik gestürzt,

(Widerspruch bei der CDU)

und er hat in dieser Rede ständig falsche Behauptungen aufgestellt – zur Familienpolitik, zum Kindergeld, zur Steuer. Deswegen muss ich am Anfang einiges richtig stellen, Herr Haas.

Zum Kindergeld, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Regierung Kohl hat zum Schluss, als sie abgetreten ist, 220 DM Kindergeld gezahlt. Wir haben mit unseren Beschlüssen dieses Kindergeld innerhalb von drei Jahren auf 300 DM erhöht. Das sind 36 % mehr. Das gab es in keiner Legislaturperiode.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Kommen Sie mir also nicht mit der Aussage, Sie würden für die Familien sorgen. Sie haben 16 Jahre Zeit gehabt, dafür zu sorgen, aber Sie haben nicht für die Familien gesorgt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Reinhart?

Abg. Drexler SPD: Doch nicht am Anfang. Er kennt ja meine Rede noch gar nicht. Was will er mich denn dann fragen?

(Unruhe)

Sie haben 16 Jahre lang einen Eingangssteuersatz von 25,9 % gehabt, auch für die Geringverdienenden. Den haben wir jetzt auf 19,9 % reduziert. Das ist eine dramatische Entlastung der Niedrigverdiener, die das Gefüge in der Steuerpolitik insgesamt abgesenkt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Kommen Sie mir nicht mit Ihrer Steuerpolitik!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der CDU)

Die Steuerreform hat den Mittelstand – um bloß einen Bereich zu erwähnen – um 30 Milliarden DM entlastet.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Lächerlich! Konzerne werden bevorteilt!)

– Ja, um 30 Milliarden DM!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Unruhe)

Und wir haben in diesen drei Jahren das Wohngeld und vor allem das BAföG so erhöht, dass 300 000 Studentinnen und Studenten jetzt wieder besser studieren können, weil sie BAföG bekommen. Das haben Sie alles unterlassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

In Deutschland gibt es nach drei Jahren Schröder-Regierung eine Million mehr Menschen, die in Beschäftigung sind.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

– Eine Million, ja.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lebhafter Widerspruch bei der CDU – Abg. Hauk CDU: Mehr Arbeitslose! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

Das können Sie in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts nachlesen.

(Unruhe)

– Ja, natürlich. – Jetzt kommt es leider noch einmal: Wir werden 500 000 bis 600 000 Arbeitslose weniger haben, als Sie uns 1998 hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Als wir die Regierung übernommen haben, gab es Lohnnebenkosten in Höhe von 42,1 %, und heute liegen sie bei 40,8 %. So ist es! So ist es schlichtweg.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Nur die Zahlen zur Kenntnis nehmen! – Der Rentenversicherungsbeitrag sank von 20,3 % auf 19,1 %. Was wollen Sie eigentlich?

(Abg. Dr. Birk CDU: Ökosteuer!)

Wenn Sie diese Zahlen alle zur Kenntnis nehmen, denkt kein Mensch in einem Jahr bei den Wahlen im September an die CDU. Kein Mensch!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: An Drexler denken sie heute schon nicht!)

Im Übrigen haben Sie uns vor drei Jahren noch einen Berg Schulden hinterlassen, einen Berg Schulden gigantischen Ausmaßes, aber wir verzeichnen einen Konsolidierungsfortschritt; denn wir haben trotz aller unserer Leistungen

auch noch 30 Milliarden DM eingespart. Das ist auch noch eine schöne Sache. Seien Sie also etwas ruhiger

(Abg. Hofer FDP/DVP: Alles in Butter!)

und hören Sie auf, ständig die Bundesregierung zu beschuldigen und die Landesregierung in den Himmel zu heben.

(Abg. Hauk CDU: Hat doch niemand gemacht! – Abg. Dr. Birk CDU: Sie haben das falsche Redemanuskript! – Abg. Hauk CDU: Sie sind in der falschen Debatte! – Abg. Oettinger CDU: Im falschen Saal! – Weitere Zurufe von der CDU)

Zur Landesregierung komme ich gleich.

Die Benchmarkinggruppe, Herr Finanzminister, haben Sie ja – das war eine schöne Geschichte – unter dem Motto angeführt: Das Fazit dieser Arbeitsgruppe war: Aufwand und Ertrag für den Arbeitsmarkt stehen in Deutschland in einem so schlechten Verhältnis zueinander wie nirgendwo sonst. Das war Ihre Geschichte, und das haben Sie in Ihrer Rede dann gleich der Bundesregierung Schröder ans Bein gebunden.

Leider funktioniert das nicht so, wie Sie sich das vorgestellt hatten, wenn man die Fakten sieht. Die Benchmarkinggruppe wurde am 6. Juli 1999 – sieben Monate nach der Bundestagswahl – in Amt und Würden gesetzt und hat natürlich die Zeit zuvor untersucht, Herr Finanzminister, nämlich die Zeit von 1992 bis 1998, und das Ergebnis der Arbeit dieser Benchmarkinggruppe bezog sich auf die letzten Jahre der Regierung Kohl und nicht auf die Regierung Schröder.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Sie sollten wirklich solche Taschenspielertricks bleiben lassen. Das zeigt nur, dass Sie in Argumentationsnot sind und nichts sagen können. Ich sage Ihnen: Die Benchmarkinggruppe – wenn Sie den Bericht gelesen haben, haben auch Sie das gemerkt – hat der Regierung Schröder zum Schluss sogar ein gutes Zeugnis ausgestellt.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Ja. – Im Wesentlichen hat der Bericht bestätigt: Die rotgrüne Regierungspolitik bekommt in den Kernbereichen Konsolidierung der Staatsfinanzen, Reform der Unternehmensbesteuerung, Einkommensteuerreform und Fortentwicklung der Altersvorsorge gute Noten.

(Abg. Dr. Birk CDU: Was wären wir ohne die Bundesregierung?)

Ich sage Ihnen noch einmal: Machen Sie doch nicht solche Taschenspielertricks, indem Sie einfach sagen, dieses Ergebnis spräche gegen die Regierung Schröder. Es war ein Ergebnis, das gezeigt hat, dass die Bürgerinnen und Bürger die Regierung Kohl 1998 zu Recht abgewählt haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Und jetzt untersuchen wir doch bitte mal Ihre Versprechungen in der Regierungserklärung und im Koalitionsvertrag und schauen, was Sie im Haushalt nun tatsächlich für die Familienpolitik, die Kinderbetreuung und die Bildung etatisiert haben. Dann werden wir sehen, ob das alles stimmt, was der CDU-Fraktionsvorsitzende vorhin mit „Wort gehalten“ meinte.

Zur Kinderbetreuung: Ministerpräsident Teufel in der Regierungserklärung:

> Wir wollen eine echte Wahlfreiheit für Frauen und Männer zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. . . . Die Landesregierung wird deshalb in dieser Legislaturperiode eine Offensive

– eine Offensive! –

> zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf starten. . . . Wir werden uns eng mit den Städten, Gemeinden und Kreisen abstimmen, weil es sich um eine gemeinsame Aufgabe handelt . . .

(Abg. Kiefl CDU: Alles richtig!)

So weit, so gut.

Die Wirklichkeit:

> Wir befinden uns im Land in der Kinderbetreuung im Kindergartenbereich auf Mercedes-Niveau, in der Klein- und Schulkindbetreuung aber auf Trabbi-Niveau.

(Beifall bei der SPD)

Das hat kein Sozialdemokrat gesagt, sondern der Oberbürgermeister der Stadt Singen – und der ist CDU-Mitglied.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Baden-Württemberg ist bei der Betreuung von Kindern von null bis drei Jahren am Ende aller Bundesländer. Wir haben, bezogen auf 1 000 Kinder, gerade einmal 13 Betreuungsplätze. Im Bundesdurchschnitt sind es mehr als doppelt so viel, nämlich 28 Plätze.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt doch nicht!)

– So ist das; das können Sie auch nicht wegdiskutieren.

Bei den Schulkindern im Alter von sechs bis vierzehn Jahren sieht es genauso schlimm aus: 16 Betreuungsplätze in Baden-Württemberg bezogen auf 1 000 Kinder, in den alten Bundesländern sind es durchschnittlich doppelt so viele, nämlich 30 Betreuungsplätze. Baden-Württemberg ist im Grunde genommen das Ende der Fahnenstange, Herr Haas.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt nicht! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Jetzt kommt die Offensive. Wir haben gedacht, da würde jetzt kräftig etwas getan, damit wir uns wenigstens angleichen können. Genau 4 Millionen Euro nimmt diese Landesregierung in die Hand, und zwar nicht 2002, sondern 2003, um eine Offensive im Kinderbetreuungsbereich zu starten. 4 Millionen Euro! Rechnen Sie das einmal um! Das

heißt, dass wir mit diesem Geld gerade einmal 50 Krippengruppen in ganz Baden-Württemberg – wenn die Kommunen mitmachen – einrichten können,

(Abg. Hauk CDU: So ein Blödsinn! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

das bedeutet für jeden Stadt- oder Landkreis eine weitere Gruppe. Das ist doch keine Offensive!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Da kann man nicht von Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen und schon gar nicht von einer Zusammenarbeit mit den Kommunen, Herr Ministerpräsident. Da haben Sie eindeutig Ihr Wort gebrochen.

Unsere Alternative ist klar: Wir werden Ihnen im Januar ein Konzept vorlegen, mit dem wir in diesem Land deutlich mehr Betreuungsplätze schaffen

(Abg. Hauk CDU: Warum nicht heute?)

und den Ausbau schon im Jahr 2002 einrichten werden. Wir werden die Kommunen beim Ausbau wirksam unterstützen, das heißt, wir werden kräftig eigenes Landesgeld in die Hand nehmen, damit der Ausbau vorankommt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo kommt das Geld her?)

– Wir werden Ihnen schon sagen, wo es herkommt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sagen Sie es doch gleich! Kommen Sie gleich dazu!)

– Herr Haas, zu Ihnen mit Ihren 400 000 gesponserten DM komme ich nachher noch. Ich komme noch auf Sie zurück.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ganztagsschule ist nach der PISA-Studie und nach unserer Meinung ein ganz entscheidender Schlüssel zum höheren Schulerfolg.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ha, ha, ha!)

Sie werden das auch feststellen, wenn Sie einmal nach Finnland gehen, Frau Ministerin. Dann werden Sie das sehen.

Wir sind Schlusslicht bei der frühkindlichen Betreuung und beim Ganztagsschulangebot. An den Grundschulen stehen immerhin nur für 7,2 % der Schulkinder Betreuungsangebote im Rahmen der verlässlichen Halbtagsschule zur Verfügung. Das ist sehr wenig, und erst 2003 soll das Angebot gerade einmal etwas erhöht werden. Nur an 116 von über 4 500 allgemein bildenden Schulen des Landes gibt es Ganztagsunterricht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das sind gerade einmal 2,5 %. Wir liegen damit im europäischen Vergleich praktisch am Ende.

(Abg. Göschel SPD: Entwicklungsland-Niveau!)

Demgegenüber spricht die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände von einem Bedarf von mindestens 20 % Ganztagsschulen und sagt, dies sei ein wichtiger Standortfaktor. Das sagen die Arbeitgeberverbände.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Deswegen sagen wir auch deutlich, dass die von der Landesregierung beabsichtigte Beschränkung des Ganztagsangebots auf 170 Hauptschulen an sozialen Brennpunkten nicht ausreicht. Im Übrigen sollten Sie überlegen, ob Sie die Ganztagsschule nicht von Anfang an stigmatisieren, wenn Sie das Angebot ausschließlich in diesem Bereich erweitern wollen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Es gibt ein Forum Bildung im Bundesbildungsministerium, das ein Konzept erarbeitet hat. Die Frau Ministerin ist dort Mitglied und hat mitgearbeitet. Danach brauchen wir – wenn ich die drei Punkte vorlesen darf – eine deutlich bessere Verwirklichung des Bildungsauftrags des Kindergartens, eine erheblich bessere Förderung unserer Kinder in der Grundschule und einen bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsschulen. Ich frage mich: Warum machen wir das nicht in unserem Land? Das sind SPD-Vorstellungen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir werden Ihnen im Januar vorschlagen – darüber werden Sie dann abstimmen –, ein regional ausgewogenes Angebot an Ganztagsschulen, und zwar für alle Schularten, und dazu bis zum Jahr 2006 jährlich 100 neue Ganztagsschulen einzurichten.

(Abg. Rau CDU: Das ist Freiheitsberaubung!)

– Zu sagen, es sei Freiheitsberaubung, wenn wir ein Angebot für Ganztagsschulen machen, Herr Kollege, ist nun wirklich Schwachsinn.

(Beifall bei der SPD – Abg. Göschel und Zeller SPD: So ein dummes Zeug! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wer war denn das?)

– Ich weiß nicht, wer das war. Aber ich sage demjenigen, der diesen Zwischenruf gemacht hat: Wenn Sie nicht mehr im Landtag sind, werden Sie eine Lücke hinterlassen, aber die Lücke wird Sie vollständig ersetzen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist der Nachwuchs!)

Und zweitens: Wir wollen mehr kommunale Betreuungsangebote am Nachmittag auch durch Landesmittel fördern und so ergänzend zum schulischen Unterricht ein umfangreiches Netz offener und flexibler Betreuungsangebote aufbauen.

Jetzt komme ich zum Wahlversprechen „Multimediaoffensive“.

(Oh-Rufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Wahlversprechen, Herr Ministerpräsident, war: „Mit 100 Millionen DM aus Mitteln der Landesstiftung wollen wir einsteigen.“ Im CDU-Wahlprogramm steht: „Jeder Schüler spätestens ab Klasse 9 bekommt einen kostenlosen Laptop.“

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Kann man die abholen? – Abg. Hauk CDU: Sie leben auf dem Mond!)

(Drexler)

Die Wirklichkeit: Nichts davon ist wahr. Mit 50 Millionen Euro – Verhandlungsergebnis mit den Städten und Gemeinden – für die Anschaffung von Computern greift man in das ureigenste Geld der Kommunen ein. Allein 20 % des Kommunalen Investitionsfonds werden dafür verwandt. Keine einzige Mark aus Landesmitteln wird für diese Offensive ausgegeben!

Zweitens: In der Koalitionsvereinbarung steht die Ankündigung eines Programms, das insbesondere Maßnahmen zur fächerspezifischen Qualifizierung der Lehrkräfte umfasst. Das Land startet dazu eine Medienoffensive im Staatsanzeiger.

(Ministerpräsident Teufel: Sehr richtig!)

– Sie lachen noch. Das Lachen wird Ihnen möglicherweise gleich vergehen. – Am 12. Dezember lesen wir über Herrn Staatsminister Palmer: „Ferner sollen nach den Worten Palmers 50 Millionen Euro in die multimediale Lehrer- aus- und -fortbildung fließen.“ Schön gesagt!

Am 19. Dezember teilt uns das Ministerium mit, dass dies nicht stattfinden kann, weil dies nicht gemeinnützig ist, die Stiftung es nicht bezahlt und das Geld auch nicht etatisiert ist.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Dumm gelaufen!)

So verdummt man die Leute mit einer Offensive, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jetzt noch etwas zu der viel gescholtenen Bundesregierung. Obwohl nicht zuständig, hat diese Bundesregierung 34,9 Millionen DM im Rahmen des Zukunftsprogramms für berufliche Schulen in Baden-Württemberg bereitgestellt, damit in Baden-Württemberg die Multimediaausstattung der beruflichen Schulen auf den modernsten Stand gebracht werden kann. Das ist fast genauso viel, wie das Land selber aufgebracht hat. Das ist die Leistung der Bundesregierung ohne deren Zuständigkeit, Herr Ministerpräsident. Sie sollten eigentlich auch einmal ein Lob aussprechen, dass Sie dieses Geld bekommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zur Unterrichtsversorgung. Herr Teufel in der Regierungserklärung: „Eine gute Unterrichtsversorgung ist und bleibt unser Hauptanliegen.“ Jetzt kommt der Finanzminister: „Das besonders gute und hohe Niveau der Unterrichtsversorgung an den Schulen in unserem Land soll mit 3 000 neuen Stellen weiter ausgebaut werden.“

(Abg. Pfisterer CDU: Das ist doch gut so!)

Die Wirklichkeit: Nach wie vor sind Unterrichtsausfälle auch im Pflichtstundenbereich an der Tagesordnung. Zu Schuljahresanfang wurden in Baden-Württemberg nach wie vor Förder- und Ergänzungsstunden sowie Arbeitsgemeinschaften reihenweise gestrichen. An den Berufsschulen fallen wöchentlich 25 000 Pflichtunterrichtsstunden aus, weil es dort zu wenig Lehrer gibt. Die Klassen werden immer größer. Wir haben jetzt im Realschul- und im Gymnasialbereich Durchschnittsklassen von 27 Schülerinnen und Schülern. Seit Frau Schavan Ministerin ist, hat sich die Zahl der besonders problematischen Großklassen mit mehr als 30 Schülern an den Gymnasien verdoppelt. Ein Ende ist nicht abzusehen. Erst vor wenigen Tagen hat uns Frau Schavan schriftlich mitgeteilt, dass an den Gymnasien die durchschnittliche Relation der Schüler je Klasse aufgrund der zunehmenden Schülerzahlen weiter ansteigen werde. Das ist die Situation.

(Zuruf des Abg. Braun SPD)

Richtig schwierig, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es, wenn Sie das einmal durchrechnen, erst im Schuljahr 2003/2004, wenn der Fremdsprachenunterricht flächendeckend eingerichtet wird. Das erfordert 400 Deputate pro Jahr, und durch Auslaufen des Vorgriffstundenmodells gehen 870 Deputate verloren. Insgesamt werden also 1 270 Deputate benötigt, eingestellt werden aber nur 1 230 Lehrerinnen und Lehrer. Das heißt, dass noch nicht einmal für diesen Bereich voll eingestellt wird, und dabei wird in diesem Schuljahr nicht einmal berechnet, dass wir 9 000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Das gibt einen Versorgungseinbruch par excellence. Nichts wird dazu gesagt, wie dieser Versorgungseinbruch geregelt werden kann, und in der milden Sprache der Frau Schavan heißt es: Es gibt Versorgungseinbußen durch das Vorgriffstundenmodell. Nur durch Gesundbeten, Frau Ministerin, wird es nicht besser. Sie werden uns schon klarlegen müssen, und zwar möglichst in diesem Jahr, wie ab 2003 die drohenden Einbrüche in der Unterrichtsversorgung tatsächlich vermieden werden können. So weit zur Unterrichtsversorgung.

Zum Etat des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Herr Teufel sagte:

> Wenn für die wirtschaftliche Entwicklung Bildung und Ausbildung der Menschen immer wichtiger werden, dann hängt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidend von der Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen ab.

Fazit, die Wirklichkeit im Landeshaushalt ist: Der Anteil des Frankenberg-Etats am Gesamthaushalt geht nach den Plandaten kontinuierlich zurück, er nimmt ab. Das muss der Minister selber auch schon festgestellt haben. Im Bund hingegen wird zum vierten Mal in Folge die Investition in Bildung und Forschung erhöht. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, gegenüber Ihrer Regierungszeit gibt es eine Steigerung um 15,5 %, und im Jahr 2002 wird es in der Bundesrepublik Deutschland den größten Etat für Bildung und Forschung in der bundesdeutschen Geschichte geben. Das ist die eine Seite. Da sieht man, wie Sie kontinuierlich im Bereich der Forschung und Lehre heruntergehen.

(Abg. Göschel SPD: Das ist Frankenstein pur!)

Jetzt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, komme ich zu einem Situationsbericht, der mir persönlich noch viel größere Sorgen macht. Es geht um die Politik für ältere Menschen. Sie haben bei der gesamten Situation noch gar

(Drexler)

nicht berücksichtigt, dass wir einen dramatischen Versorgungseinbruch an Beschäftigten in den Alten- und Pflegeheimen haben. Die Alten- und Pflegeheime in Baden-Württemberg suchen nach Pflegekräften und haben keine. Es gibt dazu überhaupt keine Antwort aus der Landesregierung. Es gibt auch kein Angebot an Pflegekräften für zu Hause. Da würde mich schon einmal interessieren, was der Sozialminister und was diese Landesregierung zu diesem extrem menschlichen Problem sagen, dass Angehörige Personal brauchen, weil sie die Pflege nicht mehr selber leisten können. Sowohl zu der Situation im Pflegebereich in den Heimen wie auch zu der zu Hause wird nichts gesagt. Auf der einen Seite ist man gegen die Greencard, weil man die Leute nicht hereinlassen will, und gegen Zuwanderung ist man auch, obwohl man das Problem dadurch regeln könnte.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie, Herr Drexler, erhöhen doch laufend die Hürden für die Ausbildung!)

Da würden wir schon einmal gerne wissen, wie das geregelt werden soll, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Zuwanderung macht man zum Wahlkampfthema, um das kaputtzumachen, und auf der anderen Seite hat man keine Pflegekräfte. Und es wird in Baden-Württemberg noch viel schlimmer; denn wir brauchen ja in den nächsten zehn Jahren 10 000 neue Pflegeplätze.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die sind versprochen!)

Dies bedeutet, dass wir im Investitionsbereich 1,5 Milliarden DM für diese neuen Pflegeplätze brauchen. Wir brauchen – geschätzt – 1,6 Milliarden DM für die Sanierung der Altenpflegeheime. Das sind insgesamt 3,1 Milliarden DM. Nach dem Landespflegegesetz muss das Land davon 40 % zahlen. Das sind 1,24 Milliarden DM. Wir müssten jedes Jahr rund 124 Millionen DM im Investitionsbereich für diese Pflegeplätze für die älteren Menschen in unserem Land zur Verfügung stellen.

(Abg. Mack CDU: Das haben wir ja! 2003!)

– Das haben wir doch überhaupt nicht. Bis 2005 erreichen Sie diesen Betrag nie, im Gegenteil, Sie haben da eine Lücke von insgesamt 40 Millionen DM. Das Versprechen des Sozialministers im Wahlkampf lautete: „Die Mittel für den Pflegeheimbau werden ab 2002 um 50 % aufgestockt.“ Ich stelle fest: Auch dieses Wahlversprechen wurde nicht gehalten; dies wurde nur versprochen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Landesarbeitsmarktpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir eine gezielte Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg. Immerhin sind es 100 000 Menschen, über ein Drittel unserer Arbeitslosen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie bekämpfen die Langzeitarbeitslosen!)

Vor diesem Hintergrund verstehen wir überhaupt nicht die dramatischen Kürzungen in der Landesarbeitsmarktpolitik. Die sind unsozial und beschäftigungspolitisch verfehlt. Wenn wir über 100 000 Langzeitarbeitslose haben, müssen wir dort etwas tun, damit die in Lohn und Arbeit kommen. 2001 hatten wir noch 17,7 Millionen Euro, nächstes Jahr werden wir noch 11,4 Millionen Euro haben, und im Jahr 2003 sollen wir gerade noch 5 Millionen Euro für diese Gruppe der Menschen, die Langzeitarbeitslosen in Baden-Württemberg, zur Verfügung haben. Das ist ein Skandal,

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

wenn man hier dauernd über Arbeitslose redet.

Nun kommen wir zum Mittelstandsbereich – nach der Regierungserklärung –:

> Wir werden vor allem die mittelständischen Unternehmen im Land nach Kräften fördern. Mittelstand, Handwerk, freie Berufe: Die Kleinen sind es, die unser Land groß machen.

Und weiter:

> Der Lehrling ist uns genauso wichtig wie der Student . . .

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

– Sie können klatschen, aber wahrscheinlich nicht nach dem, was ich jetzt noch sagen werde.

(Lachen und Unruhe)

Die Wirklichkeit – beschrieben in einem Brief des Handwerkskammertags vom 10. Dezember 2001 – ist:

> Das Wirtschaftsministerium hat dem Handwerkskammertag ohne jegliche Konsultation die Kürzung der Mitfinanzierungsanteile des Landes an den laufenden Kosten der ergänzenden überbetrieblichen Ausbildung

(Abg. Hofer FDP/DVP: Schnee von gestern! – Abg. Pfister FDP/DVP: Sie sind nicht auf dem Laufenden!)

> um 20 % zum 1. Januar 2002 mitgeteilt. . . . Diese Entscheidung ist im Handwerk auf Empörung und Unverständnis gestoßen.

Weiter:

> Der dem Handwerk zuordenbare Teil der überbetrieblichen Gewerbeförderung (wurde) von über 10 Millionen DM im Jahr 1992 auf 2,7 Millionen DM im Jahr 2001

– also um drei Viertel –

> reduziert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was Teufel und Döring hier veranstalten, ist doch Mittelstandsmobbing in Reinkultur, unabhängig davon, dass man auf die Lehrlinge, die in diese Ausbildung gehen, überhaupt keine Gedanken verschwendet.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden das im Haushalt ändern. Wir werden für den baden-württembergischen Mittelstand etwas tun, was diese Regierung nicht tut.

(Drexler)

(Zuruf von der SPD: Mittelstandsmobbing! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist schon längst getan, Herr Kollege!)

– Ich habe einen Haushaltsplan vorliegen, der das vorsieht, aber in der Rede des Finanzministers zur Einbringung des Haushalts ist davon nichts angedeutet. Wir müssen von dem ausgehen, was man uns sagt, wobei ich nachher auf etwas kommen werde, bei dem man davon ausgehen muss, dass etwas anderes gemeint ist.

Ich fahre jetzt fort und komme zum JUMP-Programm. Die Landesregierung kürzt beim Landesprogramm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ so, dass das Programm faktisch vor dem Aus steht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die SPD-geführte Bundesregierung dagegen investiert mit dem JUMP-Programm 2 Milliarden DM in die Zukunft junger Menschen.

(Abg. Mack CDU: Mit Mitteln des Arbeitsamts! Aber die sind nicht mehr im Bundeshaushalt! Da habt ihr nämlich 2 Milliarden gekürzt!)

Allein in Baden-Württemberg werden in diesem Jahr rund 10 000 Jugendliche im Rahmen dieses Programms gefördert. Das ist angesichts von über 30 000 Jugendlichen, die in Baden-Württemberg arbeitslos sind, wichtig und auch dringend erforderlich. Auf der einen Seite wird hier über Arbeitslosigkeit gesprochen – das Landesprogramm streicht man fast auf null –, und auf der anderen Seite macht die Bundesregierung das Richtige und fördert die Jugendlichen. Das ist der Unterschied zwischen Rot-Grün und CDU-Politik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wegen der Nullverschuldung gibt es große Ankündigungen, die Wirklichkeit des Haushalts besteht aber aus anderem: Kreditaufnahmen im Jahr 2002 über 1,99 Milliarden DM und im Jahr 2003 über 1,73 Milliarden DM. Damit liegt die Regierung im Doppelhaushalt mit 1 Milliarde DM über dem unteren Limit für die Kreditaufnahme der eigenen mittelfristigen Finanzplanung des Jahres 2000. Ich stelle das nur einmal fest.

Wir sehen auch nicht, wie die Landesregierung aufzeigen kann, dass sie zur Nullverschuldung kommt. Aber die Landesregierung ist selber schuld, und zwar Herr Teufel mit den die Regierung tragenden Parteien. Denn die Landesstiftung, die Sie eingerichtet haben, ist aus vielen Gründen sehr verhängnisvoll. Man hat diese Landesstiftung ohne Not eingerichtet. Ich werde nachher noch darauf zurückkommen. Man hat die Landesstiftung eingerichtet, damit man vor der Landtagswahl noch möglichst viele Förderbescheide unter das Volk bringen konnte, um zu zeigen, dass es noch Geld gibt.

(Abg. Capezzuto SPD: Persilschein!)

Ich werde nachher noch auf einige Beispiele kommen, aus denen sich die Unsinnigkeit ergibt. Man hat in dieser Stiftung praktisch 5 Milliarden DM Landesvermögen gebunden und kann wegen der Gemeinnützigkeit dieses Geld nicht für das ausgeben, wofür es dringend benötigt wird: für Bildung, Kindererziehung, Schulen und auch für die innere Sicherheit. Hätte man zugewartet, wie wir das empfohlen haben, und diesen Verkauf erst bis zum Januar 2002 getätigt, dann hätte man mit Kaufoptionen arbeiten können. Das Staatsministerium hat noch in der Presse verkündet, dann hätte man den Kaufpreis nicht bekommen. Man hätte es so verkaufen können: Einen Beherrschungsvertrag mit der EdF machen und erst im neuen Jahr das Eigentum übertragen. Das wäre gegangen, Herr Ministerpräsident. Die Stadt Stuttgart hat das gemacht und keine Steuern gezahlt. Sie kann ihren Haushalt sanieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Hätten wir das auch so gemacht, hätten wir 5 Milliarden DM Schulden abbauen können und auch noch einen Zinsvorteil in Höhe von einer halben Milliarde DM gehabt. Das muss man sich einmal vorstellen: in einem Doppelhaushalt eine halbe Milliarde Zinsvorteil! Die hätten wir jetzt einsetzen können, im Übrigen auch dafür, um die Neuverschuldung nicht so hoch zu setzen. Aber das ist eine völlig unsinnige Konstruktion.

Die Tatsache, Herr Kollege Oettinger, dass Sie auch noch die Landesbeteiligungen der BW-Bank und an der Gasversorgung Süddeutschland in diese Stiftung eingebracht haben, die Sie jetzt verkaufen wollen, aber den Erlös dann drin lassen müssen,

(Abg. Hauk CDU: Währungsverwechslung!)

zeigt, dass diese Konstruktion völlig schwachsinnig ist. Ich glaube auch, dass das alle Abgeordneten von CDU und FDP/DVP wissen. Deswegen sind sie nämlich so still und nicken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD)

Sie haben nicht den Mumm, das abzuschaffen. Wir werden Sie im nächsten Jahr aber stellen, weil es darauf ankommt, in diesem Land endlich etwas anders zu machen und nicht unnötige Projekte zu unterstützen. Wir haben sonst im Landeshaushalt kein Geld mehr für die dringend notwendigen Maßnahmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Finanzminister, ich fordere Sie auf, nächstens Klartext zu reden. Wir haben jetzt erfahren, dass die Zukunftsoffensive III nicht so finanziert werden kann, wie das ursprünglich geplant war. Man spricht von 250 Millionen DM, die nicht über die Landesstiftung laufen können, weil sie nicht für gemeinnützige Projekte eingesetzt werden sollen. Man will diese Projekte jetzt über den öffentlichen Haushalt finanzieren. Dafür muss dann ein Teil des öffentlichen Haushalts durch die Landesstiftung finanziert werden. Hier wird hin und her jongliert. Wir haben gelesen, es handle sich um Professorenstellen. Das kann ich mir nicht vorstellen. Sie hätten bei der Einbringung des Haushalts hier wirklich Klarheit und Wahrheit schaffen müssen und das nicht einen Tag vorher in einem Hintergrundgespräch der Presse erzählen dürfen. Das Parlament ist schon der Mittelpunkt, dem Sie berichten sollten. Ich

(Drexler)

fordere Sie auf, das auch zu tun, damit alle wissen, was Sie mit diesem Haushalt – 250 Millionen DM sind ja keine Kleinigkeit – vorhaben, welche Projekte nicht über die Landesstiftung finanziert werden können und wie Sie das überhaupt finanzieren wollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Landesstiftung macht auch Dinge, die – ich sage es einmal vorsichtig – recht eigenartig sind. Sie entwickelt sich auch zum Selbstbedienungsladen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt, Haas!)

Die Landesstiftung stellt im Landkreis Emmendingen 400 000 DM für einen sozialen Hilfsfonds zur Verfügung. Nur in einem Landkreis! Zufällig ist der Vorsitzende dieses Hilfsfonds der CDU-Abgeordnete Haas.

(Abg. Göschel SPD: Herr Haas ist stiften gegangen! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Der Haas hat rote Löffel! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Er ist zufällig auch Mitglied im Aufsichtsrat der Landesstiftung und kann in eigener Sache tätig werden.

(Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Vorgang ist deswegen so eklatant, weil der Ministerpräsident als Aufsichtsratsvorsitzender großzügig 400 000 DM für einen Wahlkreis

(Abg. Hauk CDU: Ist ja gar nicht wahr!)

für ein Projekt eines Parteifreundes zur Verfügung stellt,

(Abg. Hauk CDU: Ist ja gar nicht wahr! Das ist ein gemeinnütziger Verein!)

während für den gleichen Zeitraum im Landeshaushalt ähnliche Beträge für soziale Einrichtungen flächendeckend gestrichen werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Erstes Beispiel: Die Selbsthilfegruppen chronisch Kranker im Land erhalten in den nächsten beiden Jahren 360 000 DM weniger als in diesem Jahr für ihre wichtige Arbeit.

Nächstes Beispiel: Die 14 Aidshilfeeinrichtungen im Land erhalten jetzt 10 % weniger Zuschuss.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Rechtzeitig bekannt gegeben nach dem Weltaidstag!)

In einem Bereich wie Aids ist eine Kürzung überhaupt nicht nachzuvollziehen, nachdem die Landesstiftung 400 000 DM für ein Projekt wie das im Landkreis Emmendingen hinauswirft.

(Abg. Capezzuto SPD: Genau! Beschämend!)

Zweiter Fall: Der private Elternverein der CDU-Multiaktivistin Frau Heinisch erhält aus der Landesstiftung für einen Zeitraum von drei Jahren 1,2 Millionen DM für eine neu zu gründende Elternakademie.

(Abg. Göschel SPD: Unfassbar! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer ist denn die Frau Heinisch?)

Ich sage Ihnen nur zum Vergleich: Der im Schulgesetz vorgesehene offizielle Landeselternbeirat erhält für seine ehrenamtliche Arbeit gerade einmal 130 000 DM jährlich, und die ebenfalls im Gesetz vorgesehenen Gesamtelternbeiräte erhalten überhaupt keine Landesmittel.

(Abg. Hauk CDU: Was hat das damit zu tun? – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ursula Haußmann: Das ist ja peinlich! Das stinkt zum Himmel! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das sind halt keine CDU-Mitglieder!)

– Wenn Sie diesen Vergleich ziehen, Herr Hauk, stellen sie fest, dass das schwer etwas damit zu tun hat.

Der dritte Vorgang: Angeregt vom früheren Amtschef im Staatsministerium, Lorenz Menz, und dem ehemaligen Staatssekretär im Kultusministerium, Rudolf Köberle, soll über die Landesstiftung auch noch eine Singestiftung eingerichtet werden.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Carla Bregenzer SPD: Na toll! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Das ist das Wichtigste, was wir im Land brauchen: eine Singestiftung.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Auch hier will Renate Heinisch von der Elternakademie wieder mitmischen. Bei einem Kongress meinte sie jüngst: Mit dieser Singeserziehung müsse bereits neun Monate vor der Geburt angefangen werden:

(Heiterkeit bei der SPD)

pränatales Singen!

(Anhaltende Heiterkeit bei der SPD – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir sind gespannt, ob der Verein, der junge Eltern zum Singen – sogar zum vorgeburtlichen Singen – motivieren soll, tatsächlich, wie von Herrn Ministerpräsident Teufel angedeutet, Geld aus der Landesstiftung bekommen wird.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ist das der CVJM oder so etwas?)

Herr Kollege, solche Beispiele zeigen, dass die Landesregierung den Rechnungshof zu Recht von dieser Stiftung fernhält.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

Denn wenn der das untersuchen würde, dann wäre es aus.

(Drexler)

Ich hoffe, Herr Hofer, dass Sie mit dazu beitragen, dass das pränatale Singen nicht kommt. Aber wir können ja darüber gemeinsam diskutieren.

Die innere Sicherheit – Feuerwehr, Katastrophenschutz und Polizei – spielt eine große Rolle. Die Absicht der Regierung, 2002 und 2003 200 Anwärter für den mittleren Polizeidienst einzustellen, die in drei Jahren für den Dienst bereitstehen, ist für uns nicht nachvollziehbar. Baden-Württemberg steht bei der Polizeidichte im letzten Viertel aller Bundesländer.

Ich nenne Ihnen einmal den Maßnahmenkatalog anderer Länder. Baden-Württemberg gibt in zwei Haushaltsjahren für das zusätzliche Paket bei der inneren Sicherheit gerade einmal 56 Millionen DM aus. In Rheinland-Pfalz sind es 100 Millionen DM im Jahr 2002 und in Bayern 400 Millionen DM in den nächsten fünf Jahren.

(Abg. Hauk CDU: Das Ausgangsniveau ist entscheidend!)

Unsere Alternative ist ganz klar: 1 600 neue Stellen im Laufe dieser Legislaturperiode, wobei ein Teil der Stellen schon jetzt mit Angestellten besetzt wird, damit die Polizei von verwaltungstechnischen Aufgaben entlastet wird und ihrer eigentlichen Arbeit nachgehen kann. Ein solches Sofortprogramm wäre das Richtige.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Rech CDU)

– Herr Staatssekretär, Sie haben einen Zwischenruf gemacht. Ich sage Ihnen, dass dieses Sofortprogramm deswegen dringend erforderlich ist, weil Sie seit der großen Koalition keine einzige neue Stelle bei der Polizei geschaffen haben. Keine einzige neue Stelle gab es dort seit der großen Koalition, seit Innenminister Frieder Birzele.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Nicht ohne Grund hat die Polizeigewerkschaft in der letzten Woche einen Notruf in eigener Sache losgelassen. „Wir gehen auf dem Zahnfleisch“; so das wörtliche Zitat. Baden-Württemberg sei bei der Dienststärke und der Einsatzfähigkeit der Polizei im Ländervergleich inzwischen im hinteren Viertel gelandet. So die Polizeigewerkschaft, und sie muss es ja wohl wissen.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

– Fragen Sie doch die Kolleginnen und Kollegen da oben! Sie nicken alle.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zur Ausführung des neuen Antiterrorgesetzes werden teilweise zusätzliche Mittel lediglich für 2002 zur Verfügung gestellt und im Jahr 2003 auf null zurückgefahren. Dies kann ja wirklich überhaupt nicht nachvollzogen werden. Beim Verfassungsschutz, beim Katastrophenschutz und bei Bereichen der Polizei ist vorgesehen, dass die zusätzlichen Stellen im Jahr 2003 wieder wegfallen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gesuchte Experten zur Bekämpfung des Terrorismus werden sich doch nicht bewerben, wenn die Stellen nach einem Jahr wieder wegfallen. Sie werden sich bei uns überhaupt nicht bewerben, sondern in andere Bundesländer gehen. So etwas muss man langfristig ansetzen. Es ist doch ein Trick, die Experten einfach für ein Jahr einzustellen und die Stellen anschließend zu streichen.

Ich möchte noch etwas zur Wohnungsbauförderung sagen, weil die Koalition und der Ministerpräsident hierzu besonders viele Aussagen gemacht haben. So hieß es in der Regierungserklärung: „Die Landesregierung wird die Eigenheimförderung zusätzlich auf junge Ehepaare und Familien mit einem Kind ausweiten.“ Die Wirklichkeit: Bis auf wenige Modellprojekte erfolgt keine Förderung von Familien mit einem Kind.

In der Regierungserklärung hieß es: „ . . . das Reihenhausprogramm, das Programm Innerstädtisches Wohnen . . . – alles Erfindungen zugunsten von Familien in Baden-Württemberg – werden wir fortführen.“ Die Wirklichkeit: keine Fortsetzung, Programme gestrichen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Realität!)

In der Koalitionsvereinbarung steht: „Die Regierungskoalition wird . . . in der Mietwohnungsförderung und im Energieeinsparprogramm einen Schwerpunkt auf Modernisierungsmaßnahmen an Häusern und Wohnungen setzen (Altbaumodernisierungsprogramm).“ Die Wirklichkeit: 2001 waren die Mittel bereits im Juni erschöpft. Statt die Mittel zu erhöhen, wurde die Förderung flugs auf eigengenutzte Wohnungen beschränkt, damit die Mittel über den Juni hinaus reichen. Das ist Ihre Wohnungsbaupolitik: Versprechungen und nichts gemacht. Worte und Taten passen überhaupt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich darf wieder einmal die Bundesregierung anführen – wir machen das ständig, damit Sie wissen, was die Bundesregierung macht –:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Davon merkt man nichts!)

Der Bund hat die Wohnungsbaumittel für Baden-Württemberg seit der Regierungsübernahme durch die SPD lediglich um 67 Millionen DM gekürzt. Sie haben die Mittel um sage und schreibe 107 Millionen DM gekürzt, damit das einmal klar wird. Im Jahr 2002 wird sie der Bund um 25 % erhöhen, und Sie werden sie noch einmal um 25 % kürzen. Das zur Klarheit und Wahrheit Ihrer Wohnungsbaupolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Fazit: Die Landesregierung hat einen Haushalt der verpassten Chancen vorgelegt. Er ist ein glatter Fehlstart für die Zukunft unseres Landes. Im Vergleich mit Ihren Versprechungen ist das, was Sie gemacht haben, ein glatter Fehlstart. Der Ministerpräsident hat erklärt, dass in Baden-Württemberg alle Menschen mitgenommen würden. Alle hätten ihre Chance, und wer scheitere, habe eine zweite und eine dritte Chance. So weit Erwin Teufel.

(Drexler)

Wir kritisieren den Landeshaushalt, weil er vielen Menschen in unserem Land noch nicht einmal die erste Chance gibt,

(Abg. Mack CDU: Jetzt komm!)

nicht den Kindern in ihren überfüllten Klassen, nicht den Arbeitslosen, für die Sie die Programme auf null zusammenstreichen,

(Abg. Mack CDU: Und nicht der SPD-Fraktion!)

nicht den jungen Müttern und Vätern, denen Sie mit der Offensive die Vereinbarkeit von Familie und Beruf versprochen haben – Sie machen fast nichts –, und nicht den Handwerkern, die darauf warten, dass endlich ein gescheites Wohnungsbauprogramm kommt. Das alles machen Sie nicht. Das alles haben Sie aber versprochen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir werden auf unserer Klausurtagung Beschlüsse fassen und sie Ihnen vorlegen, Beschlüsse, die möglichst eine bessere Zukunft für dieses Land vorsehen.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Oettinger, das waren 17 Minuten Beifall!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pfister.

(Unruhe)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Drexler, ich habe großes Verständnis dafür, dass Sie als Vorsitzender der größten Oppositionsfraktion hier im Haus auf den Putz hauen müssen.

(Abg. Zeller SPD: Ach was!)

Aber ich frage Sie wirklich: Über welches Land haben Sie eigentlich geredet?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Über Ihre Versprechungen!)

Über Baden-Württemberg können Sie nicht geredet haben.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Doch!)

Wenn Sie über Baden-Württemberg geredet haben, dann haben Sie hier ein Zerrbild gezeichnet,

(Abg. Drexler SPD: Ich habe über Ihre Versprechungen geredet!)

das jenseits jeglicher Realität ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich will sehr gern auf die angesprochenen Punkte zurückkommen und Ihnen sagen: Der vorliegende Haushaltsentwurf gibt uns allen eine gute Möglichkeit,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wortbrüche zu verschleiern!)

Bilanz zu ziehen über das, was in den letzten beiden Jahren in Baden-Württemberg gemacht worden ist – eine, wie ich glaube, sehr erfolgreiche Bilanz –, und gibt uns gleichzeitig einen Ausblick,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

das heißt, er benennt Entwicklungsperspektiven, die für die Zukunft des Landes von großer Bedeutung sind.

Meine Damen und Herren, es geht in diesem Haushalt in der Tat um zwei Dinge: um Sparen auf der einen Seite – darauf komme ich zurück – und insbesondere um das Gestalten auf der anderen Seite. In dem Umfang, in dem es gelingt, in diesem Haushalt sowohl zu sparen als auch zu gestalten, können wir sagen, welche Qualität dieser Haushalt aufweist.

Ich will dies gern an einigen wenigen Schwerpunkten der Landespolitik deutlich machen.

Ich habe vor sechs Monaten bei der Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten einen besonderen Schwerpunkt auf die Familienpolitik gelegt. Wir wissen, dass die Familie die grundlegende Institution unserer Gesellschaft ist. Wir müssen die Familie stärken und unterstützen, damit sie sich auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen bewähren kann. Ich weiß um den Wert traditioneller Familienstruktur. Aber wir dürfen auch nicht die Augen vor veränderten gesellschaftlichen Realitäten verschließen.

Wenn es eine Definition für eine gute Familienpolitik gibt, dann ist es die, dass wir sagen, meine Damen und Herren: Familie ist immer dort, wo Kinder sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Oelmayer GRÜNE: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Deshalb darf es kein Armutsrisiko sein, Kinder zu haben.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Auch darf es keine dauerhafte Beeinträchtigung der beruflichen Chancen insbesondere der Frauen darstellen, Kinder zu erziehen.

(Beifall der Abg. Christine Rudolf SPD – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die Novelle des Kindergartengesetzes in der letzten Legislaturperiode war ein Erfolg: mehr Angebote mit erweiterten Öffnungszeiten,

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

mehr Ganztagsangebote, mehr altersgemischte Gruppen. Das gilt selbstverständlich auch für die Konzeption der verlässlichen Grundschule mit einer ergänzenden Betreuung.

(Pfister)

Ich bitte Sie, einmal in die Gemeinden zu gehen und mit den Beteiligten zu sprechen. Dann werden Sie feststellen, dass sowohl unser Kindergartengesetz – eines der besten in der Bundesrepublik Deutschland – als auch die verlässliche Grundschule von den Beteiligten in den Gemeinden in hervorragender Weise angenommen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Natürlich wissen wir, wo Defizite bestehen. Deshalb habe ich vor sechs Monaten gesagt: Wir wollen zusammen mit den Kommunen, deren originäre Aufgabe dies ja ist, die Ganztagsangebote für Kinder bedarfsgerecht ausbauen und eben nicht nur für Kinder im Kindergartenalter, sondern auch für Kinder unter drei und über sechs Jahre.

Meine Damen und Herren, genau dies geschieht in diesem Haushalt. Mit diesem Doppelhaushalt vollziehen wir einen Einstieg in die Förderung von Kinderkrippen und Tagespflegeplätzen, und wir bauen gleichzeitig die Förderung von ergänzenden Betreuungsangeboten an den verlässlichen Grundschulen und im Ganztagsbereich weiter aus.

Ich will Ihnen, Kollege Drexler – er ist gerade draußen –, sagen: Das, was wir hier machen, ist wesentlich mehr als das, was die SPD in ihrer Regierungszeit zustande gebracht hat. Denn sie hat in dieser Richtung überhaupt nichts getan – damit das auch klar ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Entscheidend ist aber, dass wir mit unserer Politik dazu beitragen, die Freiheit der Wahl zwischen unterschiedlichen Lebensentwürfen vor allem für Frauen real zu gewährleisten. Denn eine Beschränkung darf nicht stattfinden. Es darf nicht sein, dass wir hier die Rolle der Familienfrau unter Inkaufnahme von dauerhaft nicht aufholbaren beruflichen Nachteilen und dort die berufliche Karriere unter Verzicht auf Kinder haben. Meine Damen und Herren, eine solche Alternative, eine solche Fragestellung, eine solche Beschränkung darf es nicht geben.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Wir werden mit dieser Politik, im Haushalt nachlesbar, diese Freiheit der Wahl für die betroffenen Frauen zum ersten Mal in erheblich größerem Umfang verwirklichen können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Bebber SPD: Vereinzelter Beifall! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was macht ihr mit den Alleinerziehenden?)

Zweitens habe ich die hohe Priorität der Bildungspolitik hervorgehoben. Diese Bildungspolitik genießt nach wie vor in der Koalition höchste Priorität. Wir haben mit insgesamt 1 040 zusätzlichen Stellen die Unterrichtsversorgung im laufenden Schuljahr gesichert und dafür Sorge getragen, dass die feste Krankenstellvertreterreserve fortgeführt werden kann. Im Doppelhaushalt 2002/2003 kommen rund 3 000 Stellen neu hinzu. Wir haben dies vor der Landtagswahl angekündigt. Dies wird umgesetzt – kontinuierlich, bedarfsgerecht und verlässlich auch in schwierigen Zeiten. Es bleibt dabei, meine Damen und Herren: Bildungspolitik ist für diese Koalition nach wie vor Schwerpunktthema.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ganz genau!)

Die Verlässlichkeit, die wir bei der Unterrichtsversorgung an den Tag legen, werden wir auch in den inhaltlichen Fragen der Bildungspolitik an den Tag legen. Wir wollen den fächerübergreifenden Unterricht ausbauen, wir wollen verstärkt wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge vermitteln. Wir wollen keinen Wettlauf um immer neue Inhalte und Fächer, sondern wir wollen die Konzentration des Unterrichts auf ein unverzichtbares Grundlagen- und Orientierungswissen

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

als gesichertes Fundament lebenslangen Lernens. Vor allem wollen wir einen Unterricht, der wieder mehr neugierig macht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wunderbar!)

Wir haben vereinbart und erste Schritte dazu getan, die Eigenständigkeit der Schule zu stärken. Wir wollen die Gestaltungsräume der einzelnen Schulen erweitern. Das beginnt mit der Budgetierung von Haushalten, geht über die Möglichkeit der Schulen, Lehrer selbst auszuwählen, bis hin zur eigenständigen Profilierung einer Schule.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, diese Leitmotive – mehr Autonomie, mehr Wettbewerb und mehr Leistung –, die wir in der Hochschulpolitik bereits erfolgreich durchgesetzt haben, müssen, wenngleich in veränderter Form, auch für die Schulen gelten. Denn eines gilt für Hochschulen und für Schulen, für das gesamte Bildungssystem generell: Eigenverantwortung und Wettbewerb bedeuten immer auch mehr Leistung und mehr Qualität. Genau diese Dinge müssen besser erreicht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich nenne als dritten Schwerpunkt die Wissenschaftspolitik. Auch die Kollegen, die vor mir geredet haben, haben dieses Thema zu Recht angesprochen. Ich denke, dass wir die Hochschullandschaft unseres Landes in der vergangenen Legislaturperiode stark und positiv verändert haben. Wir konnten sie auch deshalb positiv verändern, weil sie von der Zukunftsoffensive II profitiert hat. Genau dies wird in dieser Legislaturperiode ebenso geschehen.

Meine Damen und Herren, bei allen tagesaktuellen Diskussionen über einzelne Projekte der Zukunftsoffensive, bei allen tagesaktuellen Diskussionen über die eine oder andere Maßnahme der Landesstiftung, die dem einen oder anderen nicht so gefällt, darf doch ein Grundgedanke nicht in den Hintergrund gedrängt werden: Auf diesem Wege ist es uns gelungen, das Vermögen des Landes einer Verwen-

dung zuzuführen, die uns alle den höchsten materiellen wie immateriellen Nutzen für unser Land erwarten lässt, indem wir in die Köpfe der jungen Menschen, in Bildung und Ausbildung, Wissenschaft, Forschung, neue Technologien investieren. Es gibt keine bessere Investitionsmöglichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Für den Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg waren die Reformgesetze der letzten Legislaturperiode wichtig, denn sie haben den Weg – ich habe darauf hingewiesen – zu mehr Autonomie, zu mehr Wettbewerb und zu mehr Leistung gewiesen. Wir werden die leistungsbezogene Mittelzuweisung Schritt für Schritt weiter ausbauen.

Meine Damen und Herren, dies zeigt Wirkung in unserem Land. Bei allen Vergleichen, bei allen Rankings – da können Sie hinschauen, wohin Sie wollen –

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

schneiden unsere Hochschulen hervorragend ab.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So ist es!)

Beim Einwerben von Drittmitteln, bei der Verleihung von Preisen, bei den Wettbewerben des Bundes, überall, wo Sie hinsehen, stellen Sie fest, dass unsere Hochschulen auf einem guten Weg sind, einen international erstklassigen Standard zu erreichen. Zum Teil haben sie ihn bereits erreicht.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir brauchen diesen Standard natürlich auch, um im schärfer werdenden internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Schließlich brauchen wir noch mehr Wettbewerb bei der Auswahl der Studierenden. Auch hier ist Baden-Württemberg das erste Land gewesen, das einen solchen Wettbewerb in begrenztem Umfang zugelassen hat. Wir wollen diesen Wettbewerb aber noch weiter ausbauen. Wir wollen mehr Wettbewerb der Hochschulen um die besten Studierenden, und wir wollen gleichzeitig mehr Wettbewerb der Studierenden um die besten Hochschulen des Landes. Wir brauchen mehr Wettbewerb, mehr Freiheit der Wahl, und wir brauchen weniger bürokratische Zuteilung von Studienorten und Chancen. Deshalb muss die ZVS weg. Wir haben wichtige Schritte auf den Weg gebracht. Baden-Württemberg – das ist entschieden – wird den ZVS-Staatsvertrag kündigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben in der letzten Legislaturperiode umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit auf den Weg gebracht. Wir haben das getan, obwohl Baden-Württemberg bei der Kriminalitätsbelastung auf der einen Seite, aber auch bei der Aufklärungsquote auf der anderen Seite mit auf den besten Plätzen in der Bundesrepublik liegt, mit die besten Werte aller Bundesländer aufweist. Darauf wollen wir uns nicht ausruhen, sondern wir begreifen dies als Anreiz, noch besser zu werden.

Mich wundert es, Herr Kollege Drexler, dass Sie zum Beispiel nicht darauf eingegangen sind, dass dieses Land ein Technikzukunftsprogramm auf den Weg gebracht hat, immerhin mit einem Volumen von 680 Millionen DM. Dieses Technikzukunftsprogramm wird der Polizei sehr, sehr nützen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Wir werden es auch Schritt für Schritt umsetzen.

Wenn hier vorhin geradezu beklagt worden ist, dass als Reaktion auf die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten „nur“ 60 Millionen oder 56 Millionen DM in diesem Doppelhaushalt verankert werden, dann muss ich sagen, meine Damen und Herren: Es kommt halt immer darauf an, von welchem Punkt aus man startet.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir brauchen in Baden-Württemberg bei der inneren Sicherheit nicht bei null zu starten, denn wir haben in der Vergangenheit mehr als andere getan.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Bayern fängt bei null an?)

Eines muss auch klar sein: Die Maßnahmen dieses Programms betreffen schwerpunktmäßig die Polizei – das ist richtig –, aber innere Sicherheit ist nicht nur Polizei, innere Sicherheit ist zwingend auch der Justizbereich. Innere Sicherheit ist ohne Justiz nicht vorstellbar. Denn alle Ermittlungserfolge der Polizei bleiben wirkungslos, wenn Straftaten nicht rasch in gerichtliche Verfahren einmünden und konsequent geahndet werden.

Wenn wir etwas für das Rechtsbewusstsein insbesondere der jungen Generation tun wollen, meine Damen und Herren, dann müssen wir nach dem Grundsatz handeln: Die Strafe muss der Tat auf dem Fuß folgen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ganz exakt! – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

– Ich will niemanden damit verhöhnen,

(Abg. Bebber SPD: Sie tun das aber!)

sondern ich will damit nur zum Ausdruck bringen, dass innere Sicherheit eine Frage der Polizei ist – das ist wahr –, aber eben auch eine Frage einer guten Justizpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da brauchen wir uns in Baden-Württemberg wirklich nicht zu verstecken. Rechtspolitik ist nämlich in diesem Lande auch Reformpolitik.

Ich bin dem Justizminister sehr dankbar dafür,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Guter Mann!)

(Pfister)

dass er sich früher als andere mit aller Entschiedenheit des Themas einer Verbesserung des Opferschutzes angenommen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Opferschutz wird übrigens finanziert durch eine Landesstiftung, die von Ihnen heute so schmählich kritisiert worden ist.

(Abg. Drexler SPD: Sie sind also dafür!)

Wir wollen, dass die Reformpolitik auch im Justizbereich fortgesetzt wird. Zwei weitere Projekte stehen an: auf der einen Seite ein weiteres Haus des Jugendrechts und auf der anderen Seite das Projekt „Chance“, auch als Alternative zum herkömmlichen Jugendstrafvollzug. Dies sind weitere Punkte liberaler Reformpolitik.

Ich denke, dass sich die baden-württembergische Justizpolitik bundesweit einen Namen hat schaffen können – in der Auseinandersetzung mit so manchem Projekt der Bundesjustizministerin, aber auch durch eine Vielzahl eigenständiger Projekte des Landes. Ich finde, die Justizpolitik in Baden-Württemberg hat eine deutliche Profilierung erfahren, und hierfür sind wir dem zuständigen Justizminister, Professor Dr. Goll, sehr dankbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Reinhart CDU – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Wir können insgesamt eine gute Bilanz vorweisen, und wir sorgen mit diesem Doppelhaushalt dafür, dass dies, jedenfalls soweit es an uns liegt, auch so bleibt. Wir investieren – ich wiederhole es – mehr als alle anderen in Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung. Wir liegen vorn im Bereich der inneren Sicherheit. Wir haben Polizei und Justiz konsequent modernisiert. Unser Lehrstellenmarkt ist seit Jahren mehr als ausgeglichen. Unsere Arbeitsmarktdaten sind bundesweit die besten. Die wirtschaftliche Entwicklung liegt in Baden-Württemberg nach wie vor über dem Durchschnitt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Zimmermann CDU)

Wir tun eine ganze Menge für die Infrastruktur. Stuttgart 21 und die Landesmesse sind Beispiele dafür, aber auch der Landesstraßenbau, der sich sehen lassen kann und der nur dadurch leidet, dass er eben nicht durch einen entsprechenden Bundesstraßenbau komplementiert wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben in Baden-Württemberg seit Jahr und Tag eine regionalisierte Landwirtschaft, das heißt eine Landwirtschaftspolitik, die ganz bewusst auf Programme setzt, um auf diese Art und Weise unseren Landwirten zu helfen.

Wir liegen vorn, wenn es um den Aufwand für Forschung und Entwicklungen im öffentlichen und im privatwirtschaftlichen Bereich geht, und wir liegen vorn bei den neuen Technologien wie der Biotechnologie: Von bundesweit 17 Bioregionen liegen allein vier in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, dies ist der Stoff, aus dem nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern vor allem zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Zu dieser hervorragenden Bilanz im wirtschaftspolitischen Teil will ich aber auch gern sagen, dass es einen Bereich gibt, bei dem ich noch nicht zufrieden bin. Ich meine, wir müssen – auch im Haushalt – im Bereich der Wohnraumversorgung insbesondere in den Ballungsgebieten und Universitätsstädten in der Tat nachbessern.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ganz genau!)

Wir werden hier in Schwierigkeiten kommen, wenn jetzt nicht gegengesteuert wird. Deshalb müssen wir das Förderangebot des Bundes für ein Ballungsraumprogramm mit eigenen Mitteln komplementieren, je hälftig für den Mietwohnungsbau und für Eigentumsmaßnahmen. Diese 9 Millionen Euro müssen bereitgestellt werden. Es kann nicht sein, dass wir bei einer BSE-Krise von heute auf morgen 50 Millionen Euro zur Verfügung stellen können, dass es bei einer Wohnungsbaukrise aber schwer fallen soll, 9 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mit Walter Döring, dem Wirtschaftsminister, betreibt unser Land eine konsequente Mittelstandspolitik.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wo bleibt Mehrländer?)

Um nur ein Beispiel zu nennen: Dieser Doppelhaushalt setzt die vom Landtag vor knapp einem Jahr beschlossenen Empfehlungen der Mittelstandsenquetekommission konsequent um.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aus Berlin, meine Damen und Herren, erhält der Mittelstand hingegen in aller Regel eher Steine statt Brot.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Oh Jesses!)

Mein Vorwurf an Rot-Grün in Berlin ist, dass es den Arbeitsmarkt leider immer weiter reguliert, anstatt ihn entschlossen zu deregulieren. Das 630-DM-Gesetz – eine Missgeburt, wie der finanzpolitische Sprecher der Grünen in Berlin dieser Tage gesagt hat –, die Verschärfung des Kündigungsschutzes und gesetzliche Teilzeitansprüche sind Beispiele für diese Negativentwicklung. Mein Vorwurf ist, dass Rot-Grün zu stark bürokratisiert, anstatt zu entbürokratisieren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Das neue Betriebsverfassungsgesetz ist da ein deutliches Zeichen.

(Abg. Drexler SPD: Was haben Sie denn gegen Mitbestimmung?)

Entgegen allen Darstellungen, die wir von der Opposition, von Herrn Drexler gehört haben, ist Tatsache, dass die Lohnnebenkosten eben nicht sinken.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich sind sie gesunken!)

Sie sinken nicht unter 40 %, wie Sie das versprochen haben. Sie haben versprochen, dass die Lohnnebenkosten insgesamt unter 40 % sinken werden. Das Gegenteil ist der Fall.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch nicht das Gegenteil! – Weitere Zurufe von der SPD)

Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung steigen auf breiter Front,

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

übrigens auch deshalb, weil Sie zu keiner Reform des Gesundheitswesens in der Lage sind

(Beifall bei der FDP/DVP)

und die Gesundheitspolitik sehenden Auges an die Wand fahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das schadet den älteren Menschen mehr!)

Das alles schadet dem Mittelstand. Von der Steuerreform und der Schieflage dieser Steuerreform will ich überhaupt nicht sprechen.

(Abg. Drexler SPD: Welche Schieflage?)

Meine Damen und Herren, wer so handelt, wie Sie das getan haben, der nutzt nicht die Chancen, dem Abschwung entgegenzuwirken, sondern er verstärkt die Abwärtstendenzen.

Früher war die Bundesrepublik Deutschland in Sachen Wirtschaftspolitik die Lokomotive.

(Abg. Drexler SPD: Wo, wann? Im Wachstum! – Gegenruf des Abg. Dr. Reinhart CDU: Wir sprechen von 16 Jahren, Herr Kollege!)

Heute sitzen wir durch Ihre Politik im Bremserhäuschen, und dafür tragen ausschließlich Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Leider ist es so, dass die verfehlte Wirtschaftspolitik des Bundes automatisch auch die Erfolge der Konsolidierungspolitik unseres Landes gefährdet. Wir haben in den vergangenen Jahren die in den Haushaltsplänen veranschlagte Nettokreditaufnahme jeweils deutlich unterschreiten können. Wenn Sie sich die Zeit von 1998 bis 2000 anschauen und die veranschlagte Nettokreditaufnahme mit dem vergleichen, was dann tatsächlich aufgenommen wurde, werden Sie feststellen, dass 2 Milliarden DM weniger aufgenommen worden sind, als ursprünglich geplant war.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich gebe gerne zu, dass wir dabei durch eine günstige konjunkturelle Entwicklung unterstützt worden sind. Aber entscheidend ist doch, dass diese Mehreinnahmen von 2 Milliarden DM eben nicht – von einzelnen Schwerpunktbereichen einmal abgesehen – für zusätzliche Ausgabenprogramme verwendet worden sind,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie viele Jahre vorher!)

sondern wir haben mit diesen Mitteln einen Kurs konsequenter Haushaltskonsolidierung eingeschlagen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben neben dem ersten ein zweites Stellenabbauprogramm auf den Weg gebracht – insgesamt 6 320 Stellen, darauf wurde hingewiesen. Ich will nur noch einmal in Erinnerung rufen: Diese 6 320 Stellen sind aus einem Korridor, der nur knapp 20 % des Stellenvolumens beträgt, entnommen worden, weil der 80-prozentige Korridor – Lehrer und innere Sicherheit – dafür nicht zur Verfügung stand. Wenn man das weiß, dann weiß man auch, wie hart dieses Stellenabbauprogramm war und ist. Ich füge aber ausdrücklich hinzu: Es gibt dazu keine Alternative. Wenn wir diesen Haushalt in Ordnung bringen wollen, müssen wir auch in der Zukunft alles dafür tun, dass der Personalkostenanteil am Haushalt unter 40 % gedrückt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Herr Finanzminister hat am vergangenen Mittwoch die Einsparanstrengungen, die mit der Aufstellung des Doppelhaushalts verbunden waren, ausführlich dargestellt. Unabhängig von allgemeinen Entlastungen bei den Personalausgaben und den Zinsen ein Einsparvolumen im Umfang von 1,5 Milliarden DM quer durch alle Ressorts zu realisieren, das erforderte eine gewaltige Anstrengung.

Mit alldem konnten wir die Auswirkungen der Steuerschätzung vom Mai etwa ausgleichen, etwa ausgleichen auch die Belastungen des Haushalts durch weitere Mindereinnahmen, durch zwangsläufige Mehrausgaben und durch unabdingbare Prioritätensetzung wie Bildungspolitik, Antiterrorprogramm und anderes mehr. Damit konnte man das in etwa ausgleichen, ohne dass der Kurs der Haushaltskonsolidierung hätte verlassen werden müssen.

Aber die zusätzlichen Steuerausfälle, die uns jetzt mit der November-Steuerschätzung drohen, waren nur etwa zur Hälfte für die Jahre 2001 bis 2003 auszugleichen, nicht in vollem Umfang. Deshalb bleibt es dabei, dass der Rest nur über eine Erhöhung der vorgesehenen Nettokreditaufnahme ausgeglichen werden kann. Ich will aber deutlich machen, meine Damen und Herren: Die Erhöhung der Nettokreditaufnahme für das Jahr 2002 gegenüber der ursprünglichen Planung darf nur ein vorübergehendes Abweichen vom Kurs strikter Haushaltskonsolidierung sein.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Wenn wir diese Konsolidierung erreichen wollen, müssen wir auf drei Punkte achten:

Erstens: Das Wachstum der Steuereinnahmen muss sich ab 2003 wieder auf einem Niveau einpendeln, wie es der Steuerschätzung vom Mai zugrunde lag.

(Pfister)

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das kann man nicht einfach befehlen!)

Das ist die konjunkturelle Seite.

Zweitens: Wir müssen weitere Anstrengungen unternehmen, um eine Haushaltsentlastung zu erreichen. Das ist die Abteilung „Klassisches Sparen“.

Und drittens: Wir müssen unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen und unabhängig von klassischen Sparmaßnahmen dazu kommen, die Ausgabenseite des Haushalts auch in wirtschaftlich guten Zeiten auf einem sehr niedrigen Wachstumspfad zu verstetigen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dies erfordert ein noch schärferes Bewusstsein dafür, dass notwendige Prioritätensetzungen immer auch erfordern, zugleich Posterioritäten zu setzen. Wir können nicht einfach davon ausgehen, dass der Kuchen immer größer wird und dass dieser wohlfeil verteilt wird. Wer von einer solchen Politik ausgeht, der hat keine Chance, zu einer durchgreifenden Haushaltskonsolidierung zu kommen.

Lassen Sie mich einige wenige Beispiele nennen, um deutlich zu machen, dass neben Konjunkturentwicklung und neben klassischem Sparen wir in der Zukunft auch in die Strukturen des Haushalts eingreifen müssen. Das wird eine Aufgabe der Haushaltsstrukturkommission sein.

Erster Punkt: Meine Damen und Herren, ich bin sehr dafür, dass wir eine Diskussion darüber führen, dass Hauptschullehrer in der Zukunft nicht mehr die einzige Lehrergruppe sind, die ohne Beförderungsamt ist. Ich bin sehr dafür, dass auch für Hauptschullehrer ein Beförderungsamt eingeführt wird. Aber wenn wir dies tun, müssen wir gleichzeitig darauf achten, ob im gymnasialen Bereich zwischen den Studienräten und den Oberstudienräten in der Zwischenzeit nicht eine Pyramide entstanden ist, die auf dem Kopf steht. Es ist nicht in Ordnung, dass wir heute sehr viele Oberstudienräte und weniger Studienräte an den Schulen des Landes haben. Wir müssen diesen Stellenkegel wieder in Ordnung bringen.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Zweiter Punkt: Wir haben unseren Hochschulen, den Universitätsklinika und den Studentenwerken mehr Autonomie, mehr Eigenverantwortung gegeben. Das ist gut so. Aber wer den Hochschulen mehr Autonomie, mehr Eigenverantwortung gibt, der muss auch dazu stehen, dass an anderer Stelle, nämlich in den entsprechenden Abteilungen und Referaten des Wissenschaftsministeriums, Stellen frei werden, die abgebaut werden müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Drittens: Dieses Motiv muss auch für das Verhältnis zwischen Schulen und Schulverwaltung gelten. Wir wollen – das habe ich gesagt – die Eigenständigkeit, die Eigenverantwortung der Schulen stärken. Aber wenn wir dies tun, muss im Zuge dieses Prozesses auch die Schulverwaltung einmal auf den Prüfstand gestellt werden.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aha!)

Ich möchte, dass am Ende dieses Prozesses zu mehr Autonomie der Schulen noch einmal die Frage gestellt wird, ob wir in diesem Land wirklich 30 Staatliche Schulämter und vier Oberschulämter brauchen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen)

Viertens beklage ich ein übermäßiges Ausmaß von Mischfinanzierungen zwischen Land und Kommunen, zum Beispiel im sozialen Bereich. Ich meine, wir sollten diese Mischfinanzierungen in der Zukunft abbauen, weil wir dadurch Effizienzreserven erschließen können

(Abg. Fischer SPD: Zu wessen Lasten?)

und weil es sinnvoll ist, die kommunale Finanzmasse durch Landesmittel entsprechend zu erhöhen, dann aber im Gegenzug den Kommunen die Möglichkeit zu geben, in alleiniger Verantwortung eine ganze Reihe von Leistungen selbst zu übernehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Aber dann muss das Verhältnis stimmen! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Ihr seid doch für die Abschaffung der Gewerbesteuer!)

Fünfter Punkt: Krankenhäuser, nicht nur das „Olgäle“, wie heute in der Zeitung zu lesen war, sondern auch Landeskrankenhäuser. Hier steht insgesamt ein erheblicher Investitionsbedarf an, der von der öffentlichen Hand kaum mehr zu bewältigen sein wird. Ich will jedenfalls, dass privaten Initiativen auch im Krankenhausbau mehr Raum gegeben wird. Ich plädiere mit Nachdruck dafür, Privatisierungen und private Beteiligungen auch im Bereich des Krankenhausbaus in der Zukunft entschlossen voranzutreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sechster Punkt – er betrifft wieder die Einnahmeseite –: Ich will erreichen, dass Einsätze der Polizei in privaten Angelegenheiten, insbesondere bei kommerziellen Veranstaltungen, in der Zukunft vernünftig entgolten werden, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Alte Forderung!)

Das sind nur sechs von hundert Möglichkeiten, die ich aufzeigen möchte, um einfach deutlich zu machen, dass der Haushaltsstrukturkommission eine wichtige Aufgabe zukommt. Sie wissen, dass wir diese Haushaltsstrukturkommission ins Leben gerufen haben. Ich will noch einmal sagen: Es geht nicht nur um das klassische Sparen, darum, die Zitrone zum dritten Mal auszupressen, es geht natürlich auch um die konjunkturelle Erholung. Aber wir müssen zudem den Mut haben, in die Strukturen dieses Haushalts einzugreifen, weil das die Voraussetzung für eine Haushaltskonsolidierung ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da wünsche ich gute Reise!)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf für die nächsten beiden Jahre ist ein Beleg dafür, dass wir in wichtigen landespolitischen Fragen Kurs gehalten haben. Wir haben auch in unserem Bemühen um eine konsequente

(Pfister)

Haushaltskonsolidierung auch in schwierigen Zeiten Kurs gehalten. Wir wollen alles tun, damit die Konjunkturdelle, die wir jetzt, wenn auch nicht durch unser Verschulden, haben, so schnell wie möglich ausgeglichen werden kann.

Die drei Dinge, die ich genannt habe – klassisches Sparen, konjunkturelle Belebung und Strukturverbesserung –, werden uns die Möglichkeit geben, dass das Ziel – dazu stehen wir – „Nettoneuverschuldung 2006 auf null“ auf der Tagesordnung ist und bleibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich will es mit einem Zitat von Ludwig Erhard aus dem Jahr 1957 noch einmal auf den Punkt bringen. Er sagte damals – ich zitiere –:

> Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Genau!)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Entwurf des Doppelhaushalts ist eine gute Grundlage dafür, dass wir genau dieses Ziel erreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man Ihnen, Herr Finanzminister, in der letzten Woche zugehört hat, konnte man mit Fug und Recht sagen: Der Wahlkampf ist eröffnet. Der Finanzminister sieht die Bundesrepublik am Abgrund, beklagt einen Reformstau der Bundesregierung – man beachte das Wort „Reformstau“ –, sieht uns von der Steuer- und Abgabenlast erdrückt. Demgegenüber zeichnet er ein Bild von Baden-Württemberg: Wir haben hier blühende Landschaften aufgrund des segensreichen Wirkens der Landesregierung. Herr Stratthaus, so haben wir nicht gewettet! Genauso wenig, wie es Ihnen nutzt, nur auf Berlin zu schimpfen, nutzt es uns, Berlin nur zu loben. Aber festzuhalten bleibt Folgendes:

Baden-Württemberg profitiert von vielem, was die Bundesregierung in drei Jahren getan hat, um den Kohl’schen Reformstau aufzulösen. Baden-Württemberg kriegt aber seine eigenen strukturellen Probleme nicht in den Griff. Während es nämlich der Bundesregierung gelungen ist, endlich – endlich, muss man sagen – eine Steuerreform, die diesen Namen auch verdient, mit einem Entlastungsvolumen bis 2005 von knapp 100 Milliarden umzusetzen und gleichzeitig – das ist der entscheidende Witz – den Haushalt zu konsolidieren, die Nettoneuverschuldung des Bundes, die unter Kohl bei über 80 Milliarden DM lag, auf die Hälfte zu drücken und auch glaubhaft angeben zu können, im Jahr 2006 auf eine Nettoneuverschuldung von null zu kommen, ist Baden-Württemberg, was dieses Ziel angeht, davon weiter entfernt denn je. Darauf haben Sie mit keinem Wort Bezug genommen. Sie haben gesagt, Verschuldung an den Kindern und Enkeln sei ein moralisches Vergehen. Aber Sie haben mit keinem Wort gesagt, wie Sie 2006 auf die schwarze Null kommen wollen.

(Beifall bei den Grünen)

Wie man es dreht und wendet, meine sehr verehrten Damen und Herren, egal, ob die Steuern mehr oder weniger gesprudelt oder gar zurückgegangen sind, betrachtet man die letzten zehn, zwölf Jahre, so stellt man fest: Wir haben in Baden-Württemberg ein durchgehendes strukturelles Defizit von 2 Milliarden DM pro Jahr im Haushalt, für die man keine Deckung hat, was zu einer zusätzlichen Verschuldung führt.

Ein Satz hat mir letzte Woche besonders gefallen, Herr Minister:

> Vor dem Hintergrund versäumter Reformen

– so sagten Sie –

> treffen konjunkturbedingte Steuerausfälle die öffentliche Haushalte besonders hart.

„Sehr richtig“ möchte man da sagen. Nur meinen Sie mit den versäumten Reformen natürlich den Bund und nicht Ihre eigenen versäumten Reformen. Sie wollen nämlich nur von Ihrem eigenen Versagen ablenken. Sie schieben alles auf die Konjunktur und damit auf die Bundesregierung. Sie beklagen, dass Deutschland das Schlusslicht im europäischen Vergleich ist. Sie sagen, das liege an der mangelnden Flexibilität des deutschen Arbeitsmarkts.

Ich will Ihnen klar sagen: Auch ich bin nicht der Ansicht, dass der deutsche Arbeitsmarkt flexibel genug ist. Wenn man sich im europäischen Ausland umschaut, kann man da durchaus noch das eine oder andere abschauen. Aber ich glaube, dass Sie dieses Argument bei weitem überhöhen.

Ich will auch deutlich sagen: Ich bin davon überzeugt, dass die Bundesregierung Anfang nächsten Jahres zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts noch etwas machen wird, weil dazu etwas getan werden muss. Ich will nur die Stichworte Lohnsubvention im Niedriglohnbereich und Kombilohn nennen. Wie das im Einzelnen aussehen wird, ist noch unklar, aber geschehen wird da etwas. Das ist keine Frage.

Wir müssen uns allerdings – dazu rate ich dringend – die Struktur der Arbeitslosen und insbesondere der Langzeitarbeitslosen genauer anschauen. Den Übergang vom zweiten Arbeitsmarkt in den ersten Arbeitsmarkt müssen wir deutlich erleichtern. Ich gehe davon aus – da bin ich sicher –, dass das neue Job-AQTIV-Gesetz, das jetzt in Kraft tritt, mit der Überschrift „Fördern und fordern“ sicher hilfreich sein wird. Arbeitslosigkeit – das zeigen alle Statistiken – ist in allererster Linie ein Problem mangelnder Qualifikation, mangelnder Fortbildung usw. Das ist der Punkt, an dem konkret angesetzt werden muss.

(Beifall bei den Grünen)

Klar muss aber auch sein, Herr Finanzminister – wenn dieses Argument ernst gemeint ist und richtig ist –, dass man dann nicht, wie Sie das jetzt in dem vorgelegten Haushaltsentwurf getan haben, die Mittel für arbeitslose Jugendliche

(Dr. Salomon)

und für Langzeitarbeitslose drastisch zusammenstreichen kann, wahrscheinlich noch in der Hoffnung, dass das der Bund mit eigenen Programmen schon auffangen wird. So geht es nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie unterschlagen zudem, was die Konjunktureinschätzung angeht, bewusst, dass alle Experten davon ausgehen, dass die Konjunktur im zweiten Halbjahr 2002 wieder anziehen wird. Der sinkende Ölpreis – Sie sprachen von einem steigenden –, die niedrigeren Zinsen und das gegenüber dem Vorjahr verbesserte Konsumklima werden dazu beitragen.

Kurzum – zum Thema Konjunktur will ich jetzt einen Schlussstrich ziehen –: Wir sollten uns, was das Verhältnis zum Bund angeht, nicht an Ihre Schwarzweißmalerei halten, sondern wir sollten, Bundestagswahl hin oder her, uns schon mit den Problemen hier im Lande befassen. Da ist es tatsächlich so – jetzt komme ich wieder zu Ihrem Satz –, dass die von Ihnen unterlassenen Reformen und die jetzt konjunkturbedingten Steuereinbrüche das Ziel, bis zum Jahr 2006 einen Haushalt ohne neue Schuldenaufnahme zu erreichen, in weite Ferne rücken lassen.

Herr Kauder, Ihr Generalsekretär, hat ja – sicher nicht ohne Rückendeckung von oben; jetzt schaue ich den Herrn Ministerpräsidenten an – schon einmal mit Lockerungsübungen angefangen, sich von diesem Ziel zu verabschieden, und ist dann nur ganz halbherzig zurückgerudert. Da kann man nur sagen: Jetzt rächt es sich – das muss man so drastisch sagen –, dass in all den Jahren, in denen ein Sparhaushalt nach dem anderen gefahren wurde, nie ernsthaft mit strukturellen Reformen begonnen wurde. „Sparen und investieren“ ist Ihre Devise, so sagen Sie immer. Doch was heißt das eigentlich für Sie?

Investieren reduziert sich auf das Schaffen neuer Lehrerstellen und einiger Stellen für die Polizei.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Na, na, na!)

Die sind wohl richtig und wichtig. Das stellt ja niemand infrage. Aber sonst sieht es total mau aus. Gespart dagegen wird immer nur kurzfristig: mit der globalen Minderausgabe, mit Stellenstreichungen, mit Streckungen und dem Verschieben von Investitionen sowie mit dem Zusammenstreichen von freiwilligen Leistungen. So macht man das Land auf jeden Fall nicht fit für die Zukunft; das ist sicher.

(Beifall bei den Grünen)

Im Bund, Herr Finanzminister, fordern Sie tief greifende Reformen ein. Hier im Land drücken Sie sich um genau diese tief greifenden Reformen herum, und zwar seit Jahren. Hier, wo Sie die Möglichkeit hätten, sie umzusetzen, haben Sie keine Vision von der Neustrukturierung Ihrer Aufgaben. Das ist umso dramatischer, als ich davon überzeugt bin, dass wir jetzt an einem Punkt angekommen sind, meine Damen und Herren, an dem man so einfach nicht mehr weiterkommt. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Der Haushalt ist, wie man so schön sagt, ausgemostet. Da wir auf der Einnahmeseite nur sehr begrenzten Einfluss darauf haben, dass sich die Einnahmeseite verbessert, müssen wir uns strukturell schon mit der Ausgabenseite befassen. Wir brauchen also – das ist klar – strukturelle Änderungen.

Doch was heißt das? Wir brauchen zum Beispiel – das ist völlig klar – eine funktionale Verwaltungsreform. Doch Sie sind zu träge. Sie trauen sich nicht. Sie reagieren nicht auf neue Herausforderungen. Es gibt – das hat der Sommer deutlich gezeigt – in diesem Hause eine Mehrheit für eine funktionale Verwaltungsreform. Ich gucke den Kollegen Pfister an. Ich kann auch Teile der CDU-Fraktion anschauen. Es gibt hier eine Mehrheit im Hause, aber keine Mehrheit in der Koalition. Das liegt daran, dass der größere Teil der CDU schlicht und ergreifend nicht will. Das ist eine Blockademinderheit, es ist eine Sperrminorität, die dem Land nicht gut tut.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Gestern stand es in der Zeitung: Erst dieser Tage gaben Wissenschaftler des Internationalen Instituts für Staats- und Europawissenschaften fünf grundlegende Empfehlungen ab, die Verwaltung in Baden-Württemberg umzubauen. Darunter ist eigentlich gar nichts Neues, was die Ministerien angeht: Konzentration auf Kernbereiche und Reduzierung der Anzahl der Ministerien. Das hätte man schon lange machen können. Sie fordern die weitere Verringerung und Zusammenfassung von Einrichtungen der oberen Landesverwaltung. Sie fordern die Straffung und Neuausrichtung der Regierungspräsidien und – ganz wichtig – die Kommunalisierung der unteren Landesbehörden. Sie fordern insgesamt eine Stärkung der Kommunen. Auf Ihre Antwort, meine Damen und Herren, darf man gespannt sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Strukturelle Änderungen bedeuten aber noch mehr. Strukturelle Änderungen bedeuten, dass man wirklich grundlegend an die Dinge herangeht. Als Mitte der Neunzigerjahre viele Kommunen finanziell am Ende waren, als ihre Haushalte nur unter strengsten Auflagen von den Regierungspräsidien genehmigt wurden und als es nur mit Sonderdeckungsmitteln möglich war, die Zuführungsrate zu erreichen, hat dieser Druck dafür gesorgt, dass sich viele Kommunen – das wird hier im Landtag viel zu wenig diskutiert – radikal verändert haben. Aufgabenkritik: Welche Leistungen muss die öffentliche Hand eigentlich erbringen? Welche erledigt der Markt besser? Welche können Private im Auftrag der Kommunen kostengünstiger erledigen? Diese und ähnliche Fragen wurden gestellt.

Das Stichwort, um das Ganze zu ändern, hieß: dezentrale Ressourcenverantwortung. Das heißt: Verantwortung nach unten verlagern, Ämtern und Abteilungen ein eigenes Budget geben, Dienstleistungen als Produkte definieren, Kosten- und Leistungsrechnung einführen, weg mit der Kameralistik – heutzutage noch die Kameralistik ist völliger Unsinn –, weg mit dem Dezemberfieber, dem unwirtschaftlichen Denken in Beamtenköpfen, hin zu einer Dienstleistungsmentalität.

(Dr. Salomon)

All das, meine Damen und Herren, ist heute in vielen Kommunen Alltag. Die Kommunen wurden effizienter, sie wurden bürgernäher, und sie wurden vielfach auch demokratischer. Für das gleiche Geld – manchmal sogar für weniger Geld – gibt es heute in vielen Kommunen vielfach besseren öffentlichen Dienst.

Warum erzähle ich das eigentlich alles? Das erzähle ich deshalb, weil es das alles beim Land Baden-Württemberg nicht oder so gut wie nicht gibt. Das Land hat ja die Möglichkeit, Schulden aufzunehmen. Das mindert den Druck, Änderungen vorzunehmen, gewaltig. Das heißt, Sie haben in diesem Bereich völlig versagt. Hier ist noch überhaupt nichts geschehen, da stehen Sie völlig am Anfang.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zwar beschäftigt sich eine Stabsstelle damit, wie man in die Landesverwaltung neue Steuerungsinstrumente einbauen könnte. Doch ich will Ihnen ehrlich sagen: Ich finde, dass es sich dabei um eine Kopfgeburt handelt, die von den einzelnen Ministerien nicht unterstützt wird und die sich – das ist ein entscheidender Punkt – nicht um das Mitmachen der Beschäftigten kümmert, die darum nicht wirbt.

Hier ein Tipp von mir am Rande: Ohne die aktive Einbeziehung der Bediensteten können Sie sich solche Geschichten im wahrsten Sinne des Wortes abschminken. Die Widerstände gegen jegliche Neuerung sind erfahrungsgemäß immer riesig, weil es vor Neuerungen immer Angst gibt. Neuerungen sind angstbesetzt. Das heißt, Sie müssen um das Mitmachen der Beschäftigten aktiv werben. Wenn Sie das nicht tun, können Sie den ganzen Prozess mit den neuen Steuerungsinstrumenten den Hasen geben.

(Beifall bei den Grünen)

Es gibt ein einziges Beispiel – es wurde schon erwähnt; ich will es auch erwähnen –, bei dem das Land konsequent einen anderen Weg eingeschlagen hat. Allerdings ist man dabei auf halbem Wege stehen geblieben. Ich schaue jetzt Minister Frankenberg an, denn ich meine den Hochschulbereich.

Der Solidarpakt zwischen dem Land und den Universitäten, der ja auf Ihr Betreiben hin, Herr Minister, geschlossen wurde, sah vor, dass es 10 % weniger Stellen und dafür im Gegenzug Planungssicherheit und mehr Autonomie für die Hochschulen gibt. Globalhaushalte, neue Führungsstrukturen an den Hochschulen, leistungsorientierte Mittelvergabe durch Indikatorsteuerung – alles Maßnahmen, die wir mit vorangetrieben und die in der Konsequenz dazu geführt haben, dass man heute von der Krise der Hochschulen fast nichts mehr hört.

Zu den neuen Steuerungsmodellen – jetzt komme ich zur Kehrseite der Medaille, Herr Minister – gehört aber auch, dass man ein solches Modell konsequent zu Ende führt. Zu Ende führen aber heißt, dass man das Ministerium letztendlich bis auf wenige Stellen völlig überflüssig macht – das könnte man auch, wenn man konsequent wäre – und das Schul- und das Hochschulministerium endlich zu einem Ministerium zusammenlegt, wie das die Experten immer wieder fordern.

Doch davon kann keine Rede sein. Im Gegenteil! Nicht eine Stelle – nicht eine Stelle! – haben Sie neben den üblichen Streichungen – globale Minderausgabe und Stellenstreichungen – seitdem abgegeben. Der Wasserkopf im Ministerium ist genauso groß wie vorher. Nur wird immer unklarer, was dieser Wasserkopf eigentlich tut.

(Beifall bei den Grünen)

Im Schulbereich – da höre ich Ihre Worte wohl, Herr Kollege Pfister – kann von solchen Änderungen bislang überhaupt keine Rede sein. Autonomie für die Schulen? Fehlanzeige! Stattdessen haben wir Oberschulämter, die die Lehrer zu Tode verwalten.

Die Arbeit der Schulverwaltungen in anderen Ländern – das haben wir uns mit dem Ausschuss angesehen –, zum Beispiel in den Niederlanden, besteht mittlerweile aus Evaluierung und Beratung. Das ist Schulverwaltung; das machen die ehemaligen Oberschulämter in den Niederlanden.

Bei autonomen Schulen, die sich selbstständig ein Profil geben, die mit einem Budget ausgestattet sind und die sich ihre Lehrer oder Schulsozialarbeiter usw. selber einstellen,

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

brauchen Sie kein riesiges Kultusministerium mehr; das ist sicher.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel dafür nennen, welch blühender Unsinn bei uns im Haushalt steht, was Zentralität heißt und wie man es anders machen könnte. Das ist das Beispiel der Lehrerfortbildung. Was wir brauchen – das hat PISA deutlich gezeigt –, ist Lehrerfortbildung. Aber von den 4,7 Millionen Euro, die dafür im Doppelhaushalt stehen, gehen 3,5 Millionen Euro, also drei Viertel, für Reisekosten der Lehrer drauf. Das ist geradezu unglaublich. Wie wäre es denn, wenn man es wie in Basel machen würde, wo die Schulen ein Budget für Fortbildung zugewiesen bekommen und sich die Fortbildung nach Bedarf am Markt selber einkaufen können? Das wäre wahrscheinlich deutlich effektiver.

(Beifall bei den Grünen)

Ich glaube deshalb nicht, meine Damen und Herren – wir sind uns darin einig, dass die Genehmigung von neuen Stellen wichtig ist –, dass unserem Bildungssystem in erster Linie Geld fehlt. Was allerdings fehlt – und das ganz gewaltig –, ist neues Denken.

Das heißt, die Regierung steht insgesamt – das kann man zusammenfassen – vor einem strukturellen Problem. Das dämmert ihr allmählich selbst. Darum setzt sie jetzt – das wurde schon erwähnt – eine Strukturkommission ein, sogar eine Haushaltsstrukturkommission. Die Einrichtung einer solchen Kommission ist eigentlich ein vernünftiger Gedanke, wenn sie richtig besetzt wäre. Stattdessen ist sie aber mit der Koalitionsrunde identisch. Da hockt dann wahrlich der Sachverstand geballt auf einem Haufen, der Sachver-

(Dr. Salomon)

stand, der sich darauf bezieht, wie man den Partner in einer Koalition über den Tisch zieht,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

aber nicht der Sachverstand, den man bräuchte, um den Haushalt und die Verwaltung neu zu strukturieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich will Sie, Herr Winckler, nicht verraten, aber ich weiß, warum Sie lachen.

Man weiß schon heute, wie diese Runde ablaufen wird. Die ganze Fantasie wird darin bestehen, Vorschläge zu machen, die die eigene Klientel verschonen, dafür aber die anderen treffen und umgekehrt. Ich prophezeie Ihnen Folgendes: Das Hornberger Schießen wird gegenüber dem, was dabei herauskommt, eine Erfolgsstory sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Apropos Hornberger Schießen: Ich muss jetzt einmal Herrn Oettinger persönlich ansprechen. Herr Oettinger hat vorhin von dem schönen Begriff „Triple A“ gesprochen und hat in diesem Zusammenhang gesagt, Standard & Poor’s seien objektiver als die Reden von Herrn Drexler und von mir. Das mag schon sein. Aber wissen Sie eigentlich, dass Standard & Poor’s auch FlowTex geratet hat?

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Bebber SPD: Peinlich, peinlich!)

Wissen Sie weiter, dass FlowTex das gleiche Rating erhalten hat wie Daimler-Chrysler? Herzlichen Glückwunsch!

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Bebber SPD: Peinlich, peinlich!)

Um meine Ausführungen zum Thema Haushalt zusammenzufassen, meine Damen und Herren: Das, worüber wir hier verhandeln, ist also die Wüste, ein staubtrockener, ausgemosteter Haushalt. Aber die Rettung naht. Es gibt ja noch das „Sparkässle“ Landesstiftung. Je trockener der Haushalt wird, desto erfreulicher plätschern die Brunnen der „Oase“ Landesstiftung. Ja, man kann im Haushalt sogar noch mehr kürzen als üblich, weil man die Kürzungen über die Stiftung wieder auffangen kann.

(Abg. Zeller SPD: Man glaubt es nur!)

Meine Damen und Herren, die Landesstiftung erweist sich immer mehr als ein klassischer Schattenhaushalt. Schattenhaushalte – das muss uns hier alle interessieren – entziehen sich der parlamentarischen Kontrolle. Von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit keine Spur, von einem geregelten Beratungsverfahren natürlich ebenfalls nicht. Dabei entsteht eine ganz merkwürdige Vermischung zwischen Politik der Landesregierung und Projekten der Stiftung, eine Vermischung, die für die Öffentlichkeit nicht mehr durchschaubar ist.

Dieses Problem, meine Damen und Herren, teilt die Landesstiftung übrigens mit anderen Schattenhaushalten, die es ebenfalls gibt. Bei der Finanzierung von öffentlichen Vorhaben des Landes Baden-Württemberg – für Baumaßnahmen der LEG – sind inzwischen zusätzliche öffentliche Schulden in Höhe von fast 350 Millionen Euro aufgelaufen, für die das Land im Haushalt die Zinsen zu tragen hat. Hinzu kommt – damit schmücken Sie sich auch noch, das heften Sie sich auch noch ans Revers – mit dem neuen Sonderprogramm Straßenbau, das die Landesbank auflegt, ein weiterer Schattenhaushalt, wofür das Land die Vorfinanzierung – das heißt Zins und Tilgung – innerhalb der nächsten zehn Jahre zu erstatten hat.

Die Landesstiftung – das räume ich ein – hat zwar keine Schulden. Bei ihr kommt aber ein ganz anderes Problem hinzu, und dieses Problem ist gravierend.

Die Hypothek der so genannten steuerunschädlichen Konstruktion, auf die Sie am Anfang so stolz waren – nämlich dass alle Projekte der Zukunftsoffensive den strengen Kriterien der Gemeinnützigkeit genügen müssen, dass damit keine Landesaufgaben finanziert werden dürfen und dass diese Projekte auch noch neu sein müssen –, führt zu einem gravierenden, veritablen Problem, Herr Finanzminister. So, wie Sie sich hier letzte Woche bei diesem Punkt gewunden haben, so unwohl, wie Sie sich dabei gefühlt haben: Da haben Sie mir schon beinahe Leid getan.

Ich gebe zu: Das klingt jetzt ein bisschen besserwisserisch. Aber wir haben Sie tatsächlich seit zwei Jahren wiederholt gewarnt. Sie haben alle Warnungen in den Wind geschlagen. Dabei wird immer klarer, dass man diese Fehlkonstruktion hätte vermeiden können, wenn man mit der konkreten Veräußerung der EnBW-Anteile bis 2002 gewartet hätte. Dann wäre der Erlös steuerfrei gewesen, dann hätte man viele Schulden zurückzahlen können und mit den Zinserlösen jedes Jahr viel Sinnvolles machen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber nein!

(Beifall bei den Grünen)

Stattdessen wollte man – wie der Mittelständler, der Steuern sparen will und zum Steuerberater geht – einfach Steuern sparen auf Teufel komm raus. Aus dem großen Murks der Landesholding, den Späth angerichtet hatte, wird jetzt der noch größere Murks der Landesstiftung. Über die Gemeinnützigkeit jedes einzelnen Projekts entscheidet das Finanzministerium. Das heißt aber, konkret gesprochen, nichts anderes, als dass das Finanzministerium zum konzeptionellen Kern der Regierungsarbeit wird, weil bei der Frage der Gemeinnützigkeit über die Richtung des politischen Handelns entschieden wird, und das geht nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

250 Millionen DM, sagten Sie letzte Woche, sind dabei akut gefährdet, nicht als gemeinnützig anerkannt zu werden. Diese wollen Sie dann im Haushalt mitfinanzieren. „Prost, Mahlzeit!“ kann man da nur sagen.

(Dr. Salomon)

„Tod in der Grauzone“ hieß ein Buch, das vor 20 Jahren Furore gemacht hat. Die Geschichte Ihrer Landesstiftung, das kann ich Ihnen sagen, bietet sich geradezu als zweiter Teil dieses Werks an.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Finanzminister, ich will Ihnen aber eines sagen: Wir bieten Ihnen die Mitarbeit an. Nach unseren Recherchen gibt es einen Ausweg. Es besteht nämlich sehr wohl die Möglichkeit, die Landesstiftung aufzulösen, also nicht nur rein juristisch mit 75 % Mehrheit, sondern so, dass es steuerpolitisch auch Sinn macht. Damit wäre dann gesichert, dass bei einer möglichen Veräußerung wenigstens die restlichen Beteiligungen der Stiftung ohne Restriktionen zu verwenden wären.

Bei einer solchen Lösung wären lediglich – das ist klar, weil dieser Fehler eben gemacht wurde – erstens die Erlöse aus dem Verkauf der EnBW-Anteile und zweitens der Wertzuwachs der Beteiligungen zwischen dem Zeitpunkt der Gründung der Landesstiftung und deren Auflösung weiterhin gemeinnützig zu verwenden. Mit dem Rest – das ist entscheidend –, den ganzen anderen Beteiligungen, könnte man dann neu anfangen und hätte nicht mehr den Murks am Hals, wie Sie ihn jetzt am Hals haben.

Ich fordere Sie auf, Herr Finanzminister, diese Möglichkeit ernsthaft zu prüfen. Ich versichere Ihnen schon jetzt: Wenn Sie diesen Weg gehen, werden wir ihn mittragen.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt zu dem, was der Herr Ministerpräsident vor einem halben Jahr in seiner Regierungserklärung so vollmundig angekündigt hat. Sie haben gesagt: „Wir schaffen die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Baden-Württemberg 2020.“ Da muss man einfach feststellen: Sie werden Ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Die Schwerpunkte, die wir im Haushalt setzen wollen, kommen bei Ihnen gar nicht oder nur rudimentär vor. Im Klimaschutz, in der Energie- und der Naturschutzpolitik glatte Fehlanzeige. In der Kinderbetreuung – darauf wurde schon hingewiesen –, bei den Familien, bei vorwärts weisenden Schulprojekten ebenfalls glatte Fehlanzeige.

Es ist ja schon ein Running Gag, meine Damen und Herren: Der Rücktritt von Umwelt- und Verkehrsminister Müller ist nicht nur wegen Philippsburg und Herrn Keil schon längst fällig, sondern auch weil er für die Umwelt zuständig ist – das weiß hier gar keiner mehr –

(Abg. Scheuermann CDU: Doch!)

und dort unterhalb der Nachweisbarkeitsgrenze agiert. Das wäre der eigentliche Grund für einen Rücktritt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Man könnte fast kalauern, dass er nicht nur keine Ziele formuliert, sondern auch noch unfähig ist, sie umzusetzen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ein einziges Mal hat er ein Ziel formuliert: in dem vor einem Jahr verabschiedeten Landesumweltplan. Dort wollte er noch die Verdoppelung des Anteils regenerativer Energieträger sowohl beim Primärenergieaufkommen als auch bei der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010.

(Abg. Zeller SPD: Da hat er ja noch ein bisschen Zeit!)

Dort wollte er noch die Reduzierung der klimarelevanten CO_2-Emissionen von derzeit 77 Millionen Tonnen im Jahr auf unter 65 Millionen Tonnen bis zum Jahr 2010. Was ist herausgekommen? Von beiden Zielen haben Sie sich zwar noch nicht verbal, aber politisch völlig – ich wiederhole: politisch völlig – verabschiedet. Keine Mark im Haushalt, keine Mark von Ihnen, Herr Finanzminister, kein Wort von Ihnen, Herr Oettinger, kein Wort von Ihnen, Herr Pfister.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Für die regenerativen Energien, für die ressortmäßig ja nicht der Umweltminister, sondern Herr Döring zuständig ist,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aha!)

gab es im Jahr 2000 noch 9 Millionen DM, im Doppelhaushalt sind es jetzt noch 6 Millionen DM im Jahr. Man kann sagen: Es geht voran; noch zwei Jahre, dann sind wir auf null. Vielleicht wäre es sogar ehrlicher, diese Mittel ganz zu streichen.

Übrigens, nur zum Vergleich – Sie haben ja auch mit Zahlen aus NRW hantiert, Herr Oettinger –: Im gleichen Jahr 2000, wo es hier 9 Millionen DM gab, gab es in Bayern 58 Millionen DM und in NRW 92 Millionen DM. Wenn Sie die Forschung für die Solarenergie feiern, muss man einfach feststellen, dass die Solarenergie als Fördertatbestand bei Ihnen quasi überhaupt nicht mehr vorkommt. „Da tut der Bund ja genug“, werden Sie sagen. Und die Windenergie wird von Ihnen aktiv verhindert wie in keinem anderen Bundesland. Das sind die Tatsachen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Alles, aber auch restlos alles, was sich dann doch in Baden-Württemberg im Bereich regenerativer Energien tut, ist von der Bundesregierung angestoßen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist nicht wahr!)

Herr Döring hat gesagt: Wir finanzieren doch nicht dem Oberstudienrat noch seine Solaranlage auf dem Dach. Das hat der Ex-Oberstudienrat Döring gesagt.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Nach der Methode „Wenns der Bund finanziert, brauchen wir nichts zu machen“ scheint hier der ganze Haushalt gestrickt zu sein. Dabei ist es doch ganz anders. Allein durch das 100 000-Dächer-Programm sind in den letzten drei Jahren ca. 300 Millionen DM nach Baden-Württemberg geflossen und aus dem Marktanreizprogramm „Regenerative Energien“ nochmals ca. 70 Millionen DM. Das ist nicht

(Dr. Salomon)

nur für diejenigen schön, die investiert haben, sondern – jetzt kommt es, Sie Obermittelstandsförderer – damit werden Milliardeninvestitionen für den Mittelstand und damit für Arbeitsplätze in Baden-Württemberg ausgelöst. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn man dann noch dazunimmt, was die Biogasverordnung für den ländlichen Raum bedeutet, wenn man dazunimmt, dass ein Landwirt, der sich eine Biogasanlage baut, tatsächlich ein zusätzliches Einkommen von durchschnittlich 15 000 Euro – nicht wahr, Herr Kiefl? – hat, dann sind das keine Peanuts, sondern dann ist das ein relevanter Einkommensbestandteil, und dann kann man nur sagen: Auch dafür machen Sie nichts. Das nehmen Sie billigend in Kauf. Danke schön, dass Sie es zumindest nicht verhindern wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nicht anders sieht es übrigens im Bereich Klimaschutz aus. Ob der gelingt, hängt unter anderem ganz wesentlich davon ab, ob in den nächsten Jahren im Gebäudebestand Energieeinsparungen und Wärmedämmmaßnahmen in nennenswertem Umfang umzusetzen sind. Ich sage es Ihnen gleich: So, wie Sie es machen, gelingt es Ihnen sicher nicht. Wie auch? Nach 14,5 Millionen DM für zinsverbilligte Darlehen im Energiesparprogramm Altbau in diesem Jahr stehen nächstes Jahr und im Jahr darauf nur noch 13,1 Millionen DM dafür zur Verfügung. Sie wollen jetzt wahrscheinlich wissen, ob das viel oder wenig ist. Ich nenne Ihnen einmal eine Vergleichszahl: In Nordrhein-Westfalen standen im Jahr 1999 exakt 386 Millionen DM dafür zur Verfügung. Ich glaube, wenn man diese Vergleichszahlen liest, dann ist alles geschwätzt.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

So richtig absurd wird es erst im Bereich Naturschutz, meine Damen und Herren. Gerdi Staiblin war ja bekannt für den Satz: Der Naturschutz ist der größte Feind der Landwirtschaft.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das hat sie nie gesagt! – Abg. Fischer SPD: Der Haas ist wieder da! Vorhin war er nicht da!)

Willi Stächele, der sich mittlerweile verabschiedet hat, schickt sich an, die jovialere Ausgabe von Gerdi Staiblin, sozusagen die bauernverbands- und festzelttaugliche Variante zu werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Interessant ist dabei eines: Für den Satz „Mir gebet nix“ muss man ja hier im Land einen gewissen Respekt aufbringen. Den habe ich auch. Aber der Satz „Mir nemmet nix,

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

weil es von der bösen Tante Künast kommt“, der ist landsmannschaftlich eher untypisch, so kann man wohl sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die PLENUM-Idee, die Vermarktung landwirtschaftlich hochwertiger Produkte mit Tourismus und Naturschutz stärker miteinander zu verzahnen, für die Sie in den letzten Jahren den Geldbeutel immer fest zugeknöpft hatten, außer bei einem Projekt im Allgäu, hat sich jetzt Frau Künast zu Eigen gemacht. Sie hat dazu einen bundesweiten Wettbewerb ausgeschrieben. Er heißt „Regio aktiv“. Aber was macht unser Landwirtschaftsminister? Er weist die nachgeordneten Behörden an, sich nicht aktiv an der Ausarbeitung von Wettbewerbsbeiträgen zu beteiligen. Es ist einfach unglaublich, was in diesem Land geschieht. Da kann man nur froh sein, dass sich die Regionen nicht davon abbringen ließen, sich trotzdem zu bewerben. 19 Regionen haben dies getan, drei sind in die engere Auswahl gekommen – trotz unseres Landwirtschaftsministers. Glückwunsch von unserer Seite!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein ganz wichtiger Schwerpunkt bei den anstehenden Beratungen wird für uns logischerweise – wie auch schon in den vergangenen Jahren – der Bereich Schule, Kinder und Familie sein. So lobenswert es ist – – Da lobe ich jetzt mal den Herrn Oettinger.

(Abg. Birzele SPD: Der hört es gar nicht! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Der ist mit Lob von Ihnen unbegrenzt belastbar!)

Nein, das war zu früh. Ich bin einen Absatz verrutscht. Er wird jetzt nicht gelobt.

So lobenswert es ist, dass Sie in den kommenden zwei Jahren noch einmal zusätzliche Lehrer einstellen, so muss doch auch eindeutig festgehalten werden, dass sich dadurch die Unterrichtsversorgung noch nicht verbessert.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Wenn überhaupt!)

Es wird lediglich der Status quo gehalten.

Jetzt lobe ich Herrn Oettinger. Es ist nämlich zu begrüßen, dass die CDU in den letzten Jahren ihren ideologischen Widerstand gegen Ganztagsschulen aufgegeben hat. Flächendeckend eingeführt sind sie deshalb aber noch längst nicht.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Bedarfsgerecht machen wir das!)

Sie gehen nach wie vor viel zu zögerlich vor. Wir setzen deshalb auf Angebote der Schulen für einen offenen Nachmittag, das heißt, auf Hausaufgabenbetreuung, auf Arbeitskreise, auf Integration des Nachmittagsunterrichts oder auf Angebote von Vereinen. Das klappt aber nur, wenn es vor Ort eine viel bessere Zusammenarbeit gibt. Die Mitwirkung der Kommunen und des Landes muss gesichert sein; das Land muss Lehrerstellen zur Verfügung stellen, und innovative Projekte müssen gefördert werden. Das ist auch klar.

(Dr. Salomon)

Wenn die PISA-Studie eines belegt hat, meine Damen und Herren, dann das, dass in Deutschland der Anteil der Schüler, deren Leistungen unterhalb der untersten Kompetenzstufe liegen, ganz besonders groß ist. Offensichtlich gelingt es uns nicht ausreichend, Schüler mit schlechten sozialen Voraussetzungen gut zu fördern. Das unterscheidet uns übrigens von klassischen Einwanderungsländern wie zum Beispiel Kanada oder Australien oder auch von neueren Einwanderungsländern wie Frankreich oder Großbritannien.

Zustimmung unsererseits, wenn jetzt auch die Damen und Herren Kollegen von der rechten Seite erkannt haben, dass wir ein Integrationsproblem haben. Glückwunsch! Das fängt aber nicht erst in der Schule an – da ist es oft schon zu spät –, sondern das fängt im Kindergarten und oft noch früher an.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Unser Augenmerk muss daher – davon bin ich fest überzeugt – darauf liegen, viel mehr als bisher Sprachförderung und Integration schon im Vorschulalter zu ermöglichen, und zwar Sprachförderung für Kinder und für Mütter.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist ein wesentlicher Baustein für die Integration der Familien und der Kinder in die Gesellschaft und für eine erfolgreiche schulische Laufbahn.

Gleichzeitig müssen wir aus den altbekannten Gründen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Ermöglichung von Wahlfreiheit für die Eltern die Ganztagsangebote dringend ausbauen. Das heißt, wir brauchen eine weitere Förderung altersgemischter Gruppen, noch mehr Ganztagsgruppen und deren Öffnung, auch für Kinder unter drei Jahren, und wir brauchen mehr Kinderkrippen für die unter Dreijährigen, und wir brauchen die Förderung der Tagesbetreuung. Das, meine Damen und Herren, muss das Land finanzieren!

(Beifall bei den Grünen)

Was Sie, Herr Ministerpräsident, sich im Umgang mit den kommunalen Landesverbänden geleistet haben, als es um die Ausweitung der Kinderbetreuung und um die dringend benötigte Ausstattung der Schulen mit neuen Computern ging, war von der Sache her falsch und vom Vorgehen her – das will ich deutlich sagen – unwürdig. Sie haben die Kommunen nicht wie Verhandlungspartner behandelt, sondern von oben herab entschieden.

(Abg. Zeller SPD: So ist es! Ja!)

Der größte Affront war, dass Sie am Tag vor dem entscheidenden Gespräch das Ergebnis presseöffentlich verkündet und den Kommunen die Finanzierung überlassen haben. Das Kinderbetreuungskonzept der Landesregierung wird im Wesentlichen – das verschweigen Sie aber bei Ihrer Pressekonferenz – von den Kommunen finanziert. Zusätzlich zu den 7 Millionen Euro, die Sie in die Kinderbetreuung stecken wollen, müssen die Kommunen kofinanzieren, nämlich über 30 Millionen Euro. Wenn das der Stil ist, kann ich Ihnen, Herr Ministerpräsident und liebe CDU-Fraktion, nur sagen: So kann man sich nur benehmen, wenn man nicht mehr gewählt werden will wie der Herr Ministerpräsident und sagt: Das ist mir doch egal; nach mir die Sintflut!

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Da ist man unabhängig! Stark!)

Kurzum: Wenn man das, was dieser Haushalt hätte bringen können, wenn man die Chancen wahrgenommen hätte – man hat sie nicht wahrgenommen –, zusammenfasst, dann muss man sagen: Das ist ein Haushalt der verpassten Chancen. Wir kommen wirklich – und das hat nicht nur die Polizeigewerkschaft gesagt – auf dem Zahnfleisch daher. Wir haben seit 10 Jahren mehr oder weniger planlos gestrichen, gekürzt, verlängert, verschoben. Wir haben keine strukturellen Maßnahmen ergriffen. Wir sind jetzt am Ende der Fahnenstange angelangt.

Die Haushaltsberatungen, die im Januar erfolgen werden, werden unter dieser Überschrift stehen. Wir werden unsere Vorschläge einbringen, und ich hoffe, dass wir damit auch erfolgreich sein werden. Aber dieser Haushalt wird, egal wie es ausgeht, kein guter Haushalt für das Land Baden-Württemberg werden.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Da ich anschließend die Sitzungsleitung abgebe, möchte ich schon an dieser Stelle Ihnen und Ihren Angehörigen, aber auch den Besucherinnen und Besuchern auf der Zuhörertribüne und den Damen und Herren der Landespresse und der Medien frohe Weihnachten, einige geruhsame Tage zwischen den Jahren und alles Gute, Glück und Gottes Segen im neuen Jahr wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Reden der beiden Oppositionsführer haben sich durchaus unterschieden. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen hat einige Dinge gebracht, über die man nachdenken und diskutieren kann, während Herr Drexler nur gedrechselt, Opposition gemacht und polemisiert hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Polemisiert! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Wintruff)

Ich möchte noch einige wenige Dinge zu Herrn Salomon sagen. Herr Salomon, Sie haben uns erzählt, dass Standard & Poor's auch FlowTex geratet habe. Sie haben auch uns geratet, und Moody's hat uns geratet: mit AAA. FlowTex haben sie mit BBB– geratet. Das ist Ihnen wohl entgangen. FlowTex ist nämlich mit einem deutlich schlechteren Rating bei Standard & Poor's herausgekommen, während wir das beste haben. Darauf sollte man bei dieser Gelegenheit doch einmal hingewiesen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das hat er unterschlagen! Das hat er nicht gewusst!)

(Minister Stratthaus)

Lieber Herr Salomon, Sie haben einen steuerrechtlichen Vorschlag gemacht. Ich hoffe, dass Ihre Informationen auf diesem Gebiet besser sind als bezüglich des Ratings von Unternehmen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Er muss in die Fortbildung!)

Sie haben vorhin – auch dazu möchte ich noch ein Wort sagen – die kommunalen Landesverbände angesprochen. Es gibt kein Land in der Bundesrepublik Deutschland, das seine Kommunen so gut behandelt wie das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

In den letzten Tagen ist wieder eine Statistik veröffentlicht worden, die die Verschuldung der Kommunen und der Länder zeigt. Was die alten Bundesländer betrifft, liegt Baden-Württemberg an zweiter Stelle hinter Bayern. In der Tat, Bayern steht wesentlich besser da als wir.

Bei den Kommunen ist es so, dass die baden-württembergischen Gemeinden mit großem Abstand die geringste Verschuldung haben, die Gemeinden aller anderen Länder aber eine wesentliche höhere.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Darüber hinaus haben wir ein ganz liberales System des kommunalen Finanzausgleichs, wodurch wir die Kommunen in die Lage versetzen, in ihrer kommunalen Selbstständigkeit das zu tun, was sie für richtig halten. Das Land versucht nicht, die Kommunen mit dem goldenen Zügel zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Zeller SPD: Das sehen die Kommunen etwas anders! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Das ist die richtige Art und Weise, selbstbewusste Kommunen und selbstbewusste Bürgermeister zu behandeln.

Lieber Herr Drexler, wenn man Ihre Rede gehört hat, könnte man meinen, sie sei Ihnen von der SPD im Ollenhauer-Haus in Berlin geschrieben worden

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Das gibt es doch gar nicht! – Abg. Schmid SPD: Sie sind von gestern!)

und sie handelte nicht von Baden-Württemberg, sondern von Sachsen-Anhalt.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Sie haben unser Land so beschrieben, als ob es voller Slums wäre. Sie haben eine miese Stimmung gemacht.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das ist ein ganz anderes Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie, lieber Herr Drexler, und Ihre SPD haben keine Ahnung, wie unsere Bürger denken und fühlen, was unsere Bürger von diesem Land halten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das müssen gerade Sie sagen! – Abg. Nagel SPD: Diese Rede hat Ihnen die Adenauer-Stiftung geschrieben!)

In der letzten Woche erfuhren wir das Ergebnis einer Umfrage, bei der die Bürger aller 16 Bundesländer befragt wurden, ob sie sich in ihrem Land wohl fühlen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wellness!)

In allen 16 Bundesländern wurde nachgefragt. Jetzt frage ich Sie: In welchem Land fühlen sich die Bürger am wohlsten?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Baden-Württemberg!)

In Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmid SPD: Wir auch! – Abg. Drexler SPD: Das habe ich doch nicht bestritten!)

Wir stehen an der ersten Stelle, und das trotz dieser Opposition. Das muss man mit aller Klarheit sagen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die Schwäbische Alb gefällt mir, egal ob Sie an der Regierung sind oder nicht! – Zurufe der Abg. Alfred Haas und Dr. Reinhart CDU sowie des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Sie haben hier ein Zerrbild gezeichnet, das mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun hatte. Sie haben aufgezählt, was man tun könnte, wenn Geld keine Rolle spielen würde. Da wüsste ich auch einiges. Auf einige Punkte will ich eingehen.

Sie haben zum Beispiel mehr Lehrer gefordert, mehr Mittel für die Wissenschaft, 1 600 zusätzliche Polizeibeamte, mehr Pflegeplätze – wobei wir hier übrigens eine ganz gewaltige Steigerung der Ausgaben haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das weiß er doch nicht! Er hat doch den Haushalt nicht gelesen! Der schmeißt lieber mit Dreck!)

Die Pflegeplätze – das wissen Sie wahrscheinlich auch nicht – werden über den Kommunalen Investitionsfonds und nicht über Landesgeld finanziert.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

Dort haben wir von 85 Millionen DM auf 113 Millionen DM erhöht und werden im nächsten Jahr noch einmal erhöhen.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht, was Sie versprochen haben!)

Das entspricht einer Erhöhung um fast 50 % bis zum nächsten Jahr.

(Minister Stratthaus)

Sie fordern mehr Pflegeplätze, mehr Arbeitslosenförderung, mehr Wohnungen, mehr Reihenhausförderung, mehr Betreuung, mehr Mittelstandsförderung.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Was hat Rot-Grün in Berlin mit dem Mittelstand gemacht?)

Jetzt frage ich Sie: Wie soll denn das alles bezahlt werden? Ich muss dazu sagen: Herr Drexler, ein Adam Riese sind Sie nicht. Das Rechnen ist nicht Ihre starke Seite. Das war schon ganz erstaunlich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Dann haben Sie vorhin behauptet, ich hätte gewisse Kritikpunkte, die letzten Endes an die Regierung Kohl gegangen seien, falsch zitiert. Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, wie die Verhältnisse wirklich waren.

Es ist gesagt worden, dass Reformen notwendig seien beim Arbeitsmarkt, in der Gesundheitspolitik, in der Rentenpolitik, in der Steuerpolitik. Die Regierung Kohl hat eine Arbeitsmarktreform eingeleitet.

(Abg. Kiefl CDU: Ja!)

Die Regierung Kohl hat eine Reform der Gesundheitspolitik eingeleitet.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Die Regierung Kohl hat den demographischen Faktor berücksichtigt und eine Reform der Renten eingeleitet. Dies alles hat Lafontaine abgeschafft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Alles blockiert! – Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Der Schröder hat auch etwas Gutes gemacht: Er hat den Lafontaine abgeschafft.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Der hat sich selbst abgeschafft!)

Das war aber wirklich das Einzige, was bei der ganzen Sache gut war.

(Abg. Hauk CDU: Aber es war die einzige gute Tat!)

– Ich habe ja gesagt: eine einzige gute Tat, nämlich Lafontaine abgeschafft.

Die Kommunen kommen bei uns hervorragend weg. Wir haben den Kommunen garantiert, dass sie in den nächsten zwei Jahren keinen Sparbeitrag für den Landeshaushalt leisten müssen. Was ist zum Beispiel in Rheinland-Pfalz geschehen?

(Abg. Drexler SPD: Das interessiert mich doch nicht!)

100 Millionen DM wurden den Kommunen genommen. 100 Millionen DM in Rheinland-Pfalz sind so viel wie 250 Millionen DM in Baden-Württemberg. Das vergessen Sie immer. Sie sagen, das interessiere Sie nicht. Natürlich muss Sie das interessieren. Baden-Württemberg ist doch keine Insel. Wir müssen uns doch mit den anderen Bundesländern vergleichen. Im Übrigen: Wenn wir nicht jedes Jahr über 7 Milliarden DM in den bundesstaatlichen Finanzausgleich und damit an andere zahlen müssten, dann hätten wir die ganzen Probleme nicht.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat den denn unterschrieben?)

Auch das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Was Sie, Herr Drexler, aufgezählt haben, kann mich nur zu einem Schluss bringen:

(Abg. Drexler SPD: Ich habe Ihre Wahlversprechungen aufgezählt!)

Sie rechnen nicht damit, jemals hier die Regierung zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Denn sonst würden Sie solche Versprechungen nicht machen.

(Abg. Drexler SPD: Ich habe gar keine Versprechungen gemacht! Das waren Ihre Versprechungen! – Abg. Schmid SPD: Das waren Ihre Versprechungen! Es fällt alles auf Sie zurück!)

Das war kein alternatives Regierungsprogramm. Das, was Sie hier vorgeführt haben, war das Prinzip Schlaraffenland und sonst nichts.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Ein Wadenbeißer-Programm!)

Genug der Polemik. Jetzt will ich Ihnen, weil ich glaube – –

(Lachen bei der SPD)

– Die war notwendig, um Ihre Polemik zurückzuweisen.

(Abg. Drexler SPD: Welche Polemik denn?)

Jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen eine gewisse Aufklärung darüber geben, wie es nun mit der Landesstiftung und der Zukunftsoffensive – das werfen Sie übrigens immer durcheinander – wirklich aussieht.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Beim Differenzieren muss man nachdenken!)

Ich will das jetzt bringen, weil ich immer noch die Hoffnung habe, dass Sie gegenüber vernünftigen Argumentationen aufgeschlossen sind. Ich will Ihnen das einmal genau darlegen und bitte Sie, jetzt wirklich zuzuhören. Ich werde es ganz ruhig und sachlich vortragen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

(Minister Stratthaus)

Warum haben wir die EnBW-Aktien verkauft? Wir haben die EnBW-Aktien aus strukturpolitischen und aus ordnungspolitischen Gründen verkauft.

(Abg. Drexler SPD: Das wissen wir doch alles!)

Wir haben die EnBW-Aktien verkauft, damit die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg bleiben. Wenn Sie heute die Entwicklung der Arbeitsplätze bei der EnBW und bei den anderen großen Energieversorgern vergleichen, dann erkennen Sie, dass die EnBW die einzige Unternehmung ist, die Arbeitsplätze aufgebaut hat, während alle anderen abgebaut haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Völlig richtig!)

Dieser Schritt war auf jeden Fall richtig.

Die nächste Frage: Warum haben wir die Stiftung gewählt? Herr Drexler, da haben Sie vorhin mit Zahlen gespielt. Also in der PISA-Studie würden Sie den Durchschnitt nach unten drücken.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich will Ihnen gleich beweisen, warum. Diese Rechnung war unmöglich.

(Abg. Drexler SPD: Nehmen Sie doch Ihre Hand aus der Tasche, wenn Sie mit mir reden!)

Der Kaufpreis betrug mit den Zinsen, die wir erzielt haben, 4 933 Millionen DM. Da waren die Zinsen schon enthalten. Wir mussten die Schulden – das war der Barwert; der war nämlich mit Schulden in der Landesholding finanziert – von 865 Millionen DM zunächst einmal abziehen. Da blieb also ein Nettozufluss von 4 068 Millionen DM abzüglich Gewerbesteuer, abzüglich Ausschüttungsbelastung.

(Abg. Drexler SPD: Milliarden!)

– Nein, 4 068 Millionen. Also doch PISA! – Dem Land wären, wenn wir das versteuert hätten, nicht 4,9 Milliarden DM zugeflossen, sondern 2,095 Milliarden DM. Von den Steuern, die gezahlt worden sind, wären auch noch einmal 200 Millionen DM an Baden-Württemberg zurückgekommen. Eine Tatsache ist, meine Damen und Herren, wir hätten 1,8 Milliarden DM baden-württembergischen Geldes an den Bund und die anderen Länder abgeliefert.

(Abg. Drexler SPD: Das hat überhaupt niemand gewollt! Wer sagt denn das?)

Ich frage mich: Wäre das eine verantwortungsvolle Politik gewesen?

(Abg. Schmid und Abg. Drexler SPD: Kein Mensch wollte das!)

Nein, das wäre es nicht gewesen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmid SPD: Sie reden an der Sache vorbei!)

Weiterhin: Die Landesstiftung und die Zukunftsoffensive müssen wir jetzt getrennt sehen.

(Abg. Schmid SPD: Was war mit der Kaufoption? Sind Sie dümmer als Stuttgart?)

Die Zukunftsoffensive belief sich auf 1,1 Milliarden DM, also 60 % von dem, was Sie freiwillig an die anderen Länder an Steuern abgeliefert hätten.

(Abg. Drexler SPD: Wer hätte denn das gemacht?)

Das heißt, es hätte überhaupt keine Zukunftsoffensive gegeben, wenn wir Ihre Steuerzahlung gemacht hätten.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat das verlangt? – Abg. Schmid SPD: Haben Sie schon einmal mit Oberbürgermeister Schuster gesprochen?)

– Ich habe sehr wohl mit ihm gesprochen; auch da werde ich Ihnen einmal privatissime et gratis ein steuerrechtliches und steuerhistorisches Kompendium geben.

(Abg. Drexler SPD: Hören Sie doch auf! – Abg. Schmid SPD: Warum machen Sie es nicht wie Oberbürgermeister Schuster?)

Wir haben die Verkaufsverhandlungen mit der EdF über den Verkauf der EnBW-Aktien kurz vor Weihnachten des Jahres 1999 abgeschlossen.

(Abg. Fischer SPD: Weil Sie es gewollt haben, und warum?)

Zur damaligen Zeit gab es die ersten Andeutungen, dass eine Steuerreform kommen wird, die eventuell die Verkaufserlöse freistellt.

(Abg. Schmid SPD: Da waren Sie halt schlecht informiert! Hätten Sie uns gefragt!)

Das konnte man nicht glauben, denn ehrlich gesagt – –

(Unruhe – Zurufe von der SPD)

Ich muss ich Sie einmal fragen: Wer hat denn bei der Geschichte der SPD geglaubt,

(Abg. Drexler SPD: Wie immer!)

dass sie Milliardenverkäufe und Milliardenerlöse steuerfrei lässt? Das hätte doch kein Mensch für möglich gehalten.

(Abg. Drexler SPD: Sie halten nichts für möglich!)

Auf jeden Fall war zu dem Zeitpunkt, zu dem wir verkauft haben, noch bei weitem nicht klar,

(Abg. Drexler SPD: Natürlich war es klar!)

dass diese Steuerreform kommt. – Nein, das war nicht klar.

Weiterhin: Selbst heute müssten wir

(Unruhe)

– hören Sie ganz genau zu – noch Steuern zahlen.

(Minister Stratthaus)

(Abg. Drexler SPD: Natürlich, weil Sie es anders gemacht haben!)

– Nein. Wenn heute eine Körperschaft verkauft und den Erlös an die öffentliche Hand ausschüttet, muss sie nach wie vor Steuern zahlen,

(Abg. Schmid SPD: Aber wesentlich weniger!)

allerdings – das ist richtig – nicht in der Höhe,

(Abg. Drexler SPD: Ja! So! – Abg. Schmid SPD: Na also!)

aber immerhin noch 400 Millionen DM. Auch das muss einmal in aller Klarheit gesagt werden. 400 Millionen DM sind für uns auch noch viel Geld. Das muss ich jetzt einmal mit aller Klarheit sagen.

(Abg. Schmid SPD: Aber dafür wäre es im Landeshaushalt!)

Wir haben also 1,1 Milliarden DM in die Zukunftsoffensive III gegeben. Sie haben nun laufend gesagt, das sei nicht richtig gewesen. Ich habe auch schon einmal den Ausdruck „Firlefanz“ gehört.

(Abg. Drexler SPD: Heute?)

– Heute nicht.

Wir haben 280 Millionen DM für den Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie vorgesehen. War das falsch? Wir haben 170 Millionen DM für den Ausbau der Hochschulen eingeplant. Die Opposition meint, das sei falsch gewesen.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat das gesagt? Kein Mensch!)

Wir haben 162 Millionen DM für den Bereich Schule und Jugend vorgesehen. Die Opposition meint, das sei falsch gewesen.

(Abg. Fischer SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

So haben wir viele, viele weitere gute Investitionen gemacht, und diese Zukunftsoffensive wird Baden-Württemberg voranbringen. Da können Sie ganz sicher sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich komme noch zum nächsten Punkt, zur Steuerschädlichkeit oder Steuerunschädlichkeit. Es wird ja immer von Gemeinnützigkeit gesprochen. Das ist letzten Endes nicht die Frage; denn alles, was wir hier machen, ist gemeinnützig. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Die entscheidende Frage ist die der Steuerschädlichkeit. Inzwischen sieht es so aus, dass von den 1,1 Milliarden DM, die voll belegt waren, 900 Millionen DM voll steuerunschädlich sind. Bei 200 Millionen DM haben wir Probleme.

(Abg. Schmid SPD: Aha!)

Das rührt daher, dass erst nach dem endgültigen Ausarbeiten der Kabinettsvorlagen klar geworden ist, dass es sich um sehr gute Dinge handelt. Das ist sogar ein Beweis dafür, wie notwendig sie waren, wie richtig diese Dinge sind. Die waren allerdings schon lange angedacht und deswegen nicht mehr steuerunschädlich unterzubringen. Wir haben ja darüber leider schon vorher diskutiert und einen Beschluss gefasst. Deswegen waren sie nicht mehr steuerunschädlich unterzubringen. Eine Tatsache ist, dass jede einzelne Maßnahme, die wir in der Zukunftsoffensive III haben, finanziert wird.

(Zuruf von der SPD: Wie?)

– Über den Haushalt in den nächsten fünf bis sechs Jahren. Wir haben mit den 200 Millionen DM, die frei werden, die Möglichkeit, für die Zukunft ganz wichtige Maßnahmen in die Zukunftsoffensive hineinzubringen. Wir haben bereits 65 Millionen DM Personalkosten, die im Zusammenhang mit dem Ausbau der Informatik entstehen – das ist Ihnen nur noch nicht aufgefallen –, aus der Zukunftsoffensive III finanziert, und das ist auch im Haushalt enthalten. Wir werden noch eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen finden. Sie können sicher sein, dass wir in der Lage sein werden, für die Zukunftsoffensive gute, zukunftsträchtige und steuerunschädliche Investitionen zu finden. Deswegen glaube ich nach wie vor, dass das richtig war.

Als Nächstes sind wir bei der Landesstiftung. Das ist etwas anderes. Vorhin haben Sie vorgerechnet, wir hätten 500 Millionen DM an Zinsen sparen können. Habe ich das richtig gehört? Überlegen Sie einmal: 500 Millionen.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben nicht zugehört! Wenn Sie den Bereich BW-Bank-Verkauf und SVE dazu nehmen!)

– Selbst dann nicht. Um Himmels willen! Welche Zinssätze haben wir denn im Augenblick?

(Abg. Drexler SPD: Auf zwei Jahre! Das Gesamte auflösen! – Gegenruf des Abg. Mack CDU)

Um 500 Millionen zu sparen, bräuchten Sie 20 Milliarden Erlös. – Jetzt sind es schon zwei Jahre. Okay.

Eines ist auf jeden Fall klar: Auch diese Landesstiftung hat ganz hervorragende Maßnahmen durchgeführt. Ich will Ihnen mal einige nennen:

(Abg. Schmid SPD: Sicher! Sicher! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Sie verwechseln brutto mit netto!)

Baden-Württemberg-Stipendium – eine gute Sache; Förderung von Nachwuchswissenschaftlern – eine gute Sache; Einrichtung eines Photonik-Zentrums, Unterstützung der Stiftung Opferschutz.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist doch gar nicht der Punkt!)

Jetzt muss ich doch noch etwas sagen, weil ich das wirklich für unverschämt hielt: Sie haben den Präsidenten des Schwäbischen Sängerbunds angesprochen, weil der früher einmal Staatssekretär im Staatsministerium war. Herr Menz ist heute der Präsident des Schwäbischen Sängerbunds. Als

(Minister Stratthaus)

solcher setzt er sich dafür ein, dass das Singen von Kindern gefördert wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist doch eine äußerst vernünftige Sache.

(Abg. Drexler SPD: Ja! – Abg. Schmid SPD: Wichtiger als Lehrer! – Abg. Hauk CDU: Das ist Ehrenamt! – Abg. Wieser CDU zur SPD: So geht ihr mit dem Ehrenamt um!)

Ich möchte mir wirklich nicht anmaßen, mich sehr präzise in die Bildungsdiskussion einzumischen. Aber eines ist klar: Heute fehlt den Kindern das Gemeinschaftserlebnis, und das kann durch Singen mehr gefördert werden als durch vieles andere. Deshalb war diese Ausgabe absolut richtig.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Moser SPD: Sie singen am besten mal vor! – Abg. Schmid SPD: Singen Sie mal was vor! Das fördert das Gemeinschaftsgefühl!)

– Sie haben eben gesagt, ich solle Ihnen etwas vorsingen. Dazu sage ich Ihnen: Sie ärgert doch ungeheuer, wenn die Baden-Württemberger dann, wenn sie singen, immer „Kein schöner Land in dieser Zeit“ singen. Das ist Ihr Problem.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmid SPD: Singen Sie mal vor!)

Bei Ihnen kann man nur singen: „Wer kann das bezahlen?“

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wir singen das Badenerlied! Das kennen Sie!)

– Wenn Sie so weitermachen, werde ich bei der Landesstiftung fragen, ob man nicht vielleicht auch für die Förderung der Opposition etwas machen könnte;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

denn Sie haben es notwendig.

(Abg. Alfred Haas CDU: Abschaffen! – Zuruf des Abg. Hauk CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Also wir täten das Geld nehmen! So wäre es nicht!)

Sie haben den Fall des Hilfsfonds von Herrn Haas genannt. Meine Damen und Herren, sind wir in der Zwischenzeit so weit, dass eine Maßnahme dann schlecht ist, wenn an der Spitze jemand von den Grünen, der SPD oder der CDU steht? Es kommt doch auf die Maßnahme an!

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Nein, weil Sie auf der anderen Seite gestrichen haben! Es geht um die Priorität!)

Wenn Sie vernünftige Anträge stellen, werden die auch befürwortet werden.

(Abg. Drexler SPD: Wo? – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Jetzt muss ich noch etwas Weiteres bringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Die Opposition, die ja auch ihre Vertreter hat, ist offensichtlich gegen alles, was in dieser Landesstiftung passiert.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber stimmt zu! – Unruhe bei der SPD)

Das war der Eindruck hier.

Ich will Ihnen einmal die Abstimmungsergebnisse der letzten vier Sitzungen vorlegen.

(Abg. Hauk CDU: Die sind aber nichtöffentlich!)

In der letzten Sitzung, der am 13. November, sind 24 Beschlüsse gefasst worden; 23 davon einstimmig.

(Beifall bei der CDU)

In der Sitzung am 25. Mai sind 18 Beschlüsse gefasst worden. 18 davon waren einstimmig.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

In der Sitzung am 24. Oktober – da hat sich die Opposition allerdings ausgetobt – wurden von neun Beschlüssen nur acht einstimmig gefasst.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Die Vernunft hat obsiegt!)

Bei einem waren Sie dagegen.

Um jetzt aber noch einmal ganz ernst zu werden, meine Damen und Herren: Es ist doch so: Wir hätten, wenn wir uns anders entschieden hätten, ungeheuer viel an Steuern zahlen müssen.

(Abg. Schmid SPD: Blödsinn!)

Ich werde Ihnen auch noch erklären, dass Ihre Behauptung mit der Put-Option und alldem, was Sie da so konstruieren, nicht stimmt.

(Abg. Schmid SPD: Ja!)

Das stimmt nicht. Ich erkläre Ihnen das noch.

(Abg. Schmid SPD: Bitte, erklären Sie es mal! Warum hat es Stuttgart dann gemacht?)

– Ich kann es erklären. Ob Sie es verstehen können, ist eine andere Frage.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Das ist ungeheuerlich! – Abg. Schmid SPD: Ungeheuerlich!)

Dieser Weg war ein richtiger Weg. Ich bitte Sie doch, in Zukunft über die Inhalte der Zukunftsoffensive zu diskutieren. Das ist Ihre Aufgabe. Sie können auch alles kritisch hinterfragen. Sie sitzen ja im Aufsichtsrat.

(Abg. Drexler SPD: Wer?)

– Teile von Ihnen sitzen im Aufsichtsrat. Sie wissen nicht einmal, dass einige von Ihnen darin sitzen.

(Minister Stratthaus)

(Abg. Drexler SPD: Ich sitze da nicht! Dann zeigen Sie nicht auf mich!)

– Ja, das war der Plural. Die ganze SPD habe ich hier gemeint.

(Abg. Schmid SPD: Vor allem die Landesregierung sitzt da!)

Gut. Viele von Ihnen sitzen im Aufsichtsrat und können dort mitdiskutieren.

(Abg. Schmid SPD: Es wäre schön, wenn wir das im Parlament diskutieren könnten!)

Aber machen Sie doch die Landesstiftung nicht schlecht. Machen Sie die Zukunftsoffensive nicht schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dort wird doch viel für unsere Zukunft gearbeitet.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie sagen nichts zur Sache!)

Ansonsten freue ich mich auf die Sitzungen des Finanzausschusses und hoffe, dass die Opposition bei geschlossenen Fenstern sachlicher diskutiert.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmid SPD: Das sagt der Richtige! – Abg. Wieser CDU: Ich freue mich auf Weihnachten!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

(Zurufe von der CDU: Noi! Oje! – Abg. Oettinger CDU: Noch vier Minuten maximal!)

Abg. Drexler SPD: Herr Finanzminister, Arroganz ist kein Ersatz für eine inhaltliche Diskussion.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Da haben Sie auch nichts zu sagen!)

Was Sie hier geboten haben, war unter aller Kanone. Sie haben überhaupt kein Argument gebracht. Das Schlimmste war, dass Sie Ihre eigenen Wahlversprechen nicht gehalten haben. Ich habe immer darauf hingewiesen, was Sie angekündigt haben. Ich habe gar nicht von uns gesprochen. Ich habe in meiner Rede immer auf den Prüfstand gestellt: Was haben Sie vor sechs Monaten versprochen, und was haben Sie gehalten? Ihre eigenen Versprechungen haben Sie als unbezahlbar dargestellt,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

und trotzdem haben Sie sie gemacht. Das ist ja eigentlich das Schlimmste, was ein Finanzminister machen kann.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen gibt es, im Gegensatz zu Ihren Ausführungen, kein Ollenhauer-Haus in Berlin. Es gibt dort ein Willy-Brandt-Haus. Da sieht man einmal, dass Sie zehn Jahre zurück sind – so, wie mit Ihren finanzpolitischen Vorstellungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wieser CDU: Aber der Ollenhauer kommt Ihrer Rolle näher!)

Lassen Sie mich jetzt noch einmal etwas sagen. Unsere Vorstellung war nie, dass wir damals verkaufen wollten und volle Steuern zahlten. Wir haben – Sie können das nachlesen – immer gesagt: Wir können diesen guten Preis jetzt aushandeln, wie die Stadt Stuttgart das auch macht. Dann wird das Geschäft im Grunde genommen im Jahr 2002 fällig. Das ist hier diskutiert worden.

(Beifall des Abg. Rudolf Hausmann SPD – Zurufe von der SPD: Jawohl! – Abg. Schmiedel SPD: Wie die Stadt Stuttgart!)

Damals wurde noch nicht einmal kritisiert, dass das gar nicht gehe, sondern man hat immer gesagt, man müsse das jetzt machen. Sie haben bei der Debatte hier kein einziges Mal gesagt: Das kommt möglicherweise nicht. Das sagen Sie jetzt. Denn damals war klar, dass Eichel diese Reform macht. Das ist von uns auch immer bestätigt worden. Hätten Sie mit dem Finanzminister gesprochen, wäre Ihnen das auch klar geworden. Sie wollten das damals machen, weil Sie mit Förderbescheiden in hundertfacher Ausfertigung vor dem 25. März dieses Jahres noch Stimmung machen wollten. Deswegen haben Sie das gemacht, und deswegen haben wir die Landesstiftung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fischer SPD: So war es!)

Selbstverständlich werden aus der Landesstiftung auch gute Sachen finanziert. Das bestreitet doch niemand. Aber wir sagen: Die Landesstiftung kann nur einen Teil leisten, Dinge, die wir nicht für unbedingt nötig halten.

(Abg. Wieser CDU: Warum habt ihr dann zugestimmt?)

Fragen Sie doch einmal Ihre eigenen Abgeordneten. Warum sagt denn ein Großteil der Koalitionsabgeordneten hinter vorgehaltener Hand, die Landesstiftung sei schlecht, die Konstruktion sei nicht gut?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer sagt denn das? – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Genügend!)

– Sie sagen es auch, Herr Pfister.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Ich sage es nicht! Jetzt reden Sie doch keinen Blödsinn! – Unruhe)

Im Grunde genommen war es Ihre Idee – das war doch Ihre Idee! –, die Schulden zu reduzieren und mit den Zinsersparnissen, in welcher Höhe auch immer, nachher laufende Ausgaben zu tätigen. Darum ging es.

Ich sage noch einmal: Jetzt wird Geschichtsklitterung betrieben. Jetzt sagen Sie plötzlich: Wer hätte das der SPD

(Drexler)

zugetraut! Damals war klar, dass das passiert. Sie haben es nicht gemacht. Die Stadt Stuttgart hat es gemacht, und das ist der bessere Weg gewesen.

Wir würden heute ganz anders dastehen. Wir hätten unseren Schuldenstand gedrückt. Wir hätten möglicherweise 300 bis 400 Millionen DM Steuern gezahlt; aber wir hätten unseren Schuldenstand gedrückt und hätten aufgrund von Zinsersparnissen mehr Geld zur Verfügung, als wir zurzeit für die dringend notwendigen Aufgaben haben.

Das war unsere Idee, und Sie haben sie kaputtgemacht und sonst gar nichts, Herr Finanzminister.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen machen wir die Zukunftsoffensive auch nicht kaputt. Beim Nachtragshaushalt haben wir der Zukunftsoffensive ja zugestimmt. Betreiben Sie also auch da keine Geschichtsklitterung!

Jetzt noch zwei Antworten, zunächst zu der These – ich glaube, sie kam von Herrn Pfister – mit dem Landesstraßenbau. Dazu will ich nur sagen, Herr Pfister, weil Sie das Thema auch immer hochziehen: Sie haben den Landesstraßenbau von 1996 bis 1999 heruntergefahren. Sie haben praktisch die Ausgaben für den Landesstraßenbau innerhalb von vier Jahren um 37,5 % reduziert, sodass die baden-württembergische Bauwirtschaft uns allen sogar Schreiben geschickt hat, dass wir beim Landesstraßenbau etwas machen sollten.

Weil der Landesstraßenbau nicht funktioniert hat, sind ungefähr 117 Straßenabschnitte – davon allein, glaube ich, 17 Brücken – für den Verkehr nur bedingt einsatzfähig. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, und jetzt muss etwas draufgelegt werden. Sie können sich doch nicht brüsten, wenn Sie die Ausgaben vorher in den Keller fahren, Herr Pfister. So geht es ja nicht.

(Beifall bei der SPD)

Auch die These, dass der Bund nichts mache, stimmt überhaupt nicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Viel zu wenig!)

Die mittelfristige Finanzplanung von Herrn Waigel hatte einen Betrag vorgesehen, den wir seit dem Jahr 2000 in jedem Jahr um 30 Millionen bis 50 Millionen DM übertroffen haben; das können Sie nachlesen. Die Bundesregierung unter Kohl und Waigel hat beim Straßenbau in Baden-Württemberg die Steigerungsraten viel niedriger angesetzt, als sie die neue Bundesregierung für das Land Baden-Württemberg jetzt vorsieht. Da können Sie sich doch nicht hierher stellen und sagen: Der Bund macht nichts.

(Abg. Zeller SPD: Das Gegenteil ist der Fall!)

Das ist unwahr. Der Bund macht mehr, als die frühere Bundesregierung für das Land Baden-Württemberg vorgesehen hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Ja, Steuererhöhungen!)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Die Haushaltsberatungen werden interessant. Wir messen Sie an Ihren Versprechungen und an sonst gar nichts, Herr Finanzminister. Wenn Sie, Herr Finanzminister, die Versprechungen, die Sie selber gemacht haben, hier als unbezahlbar darstellen, dann stellen Sie sich unabhängig von Ihrer Polemik ein beschämendes Zeugnis aus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache gibt es keine Wortmeldungen mehr. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 und den Gesetzentwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes dem Finanzausschuss zur Beratung zu überweisen. – Sie stimmen dem zu.

Meine Damen und Herren, dies war die letzte Sitzung des Landtags vor Weihnachten und in diesem Jahr. Ich wünsche Ihnen schöne und erholsame Weihnachtsfeiertage und alles Gute im neuen Jahr.

(Abg. Wieser CDU: Danke, Herr Präsident!)

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 13:04 Uhr

Anlage

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen im Innenausschuss und im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied		Braun
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	ordentliches Mitglied	Braun	Dr. Caroli

19. 12. 2001

Wolfgang Drexler und Fraktion